

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

52 (3.3.1914)



# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 7 bis abends 1/7 Uhr. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalzerate billiger. Schluß d. Inzeratannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Kolonialetat

Die Erledigung des Etats für Ostafrika führte am Sonnabend in der Budgetkommission zunächst zu einer kleinen Baumwoll-Debatte. Zur Unterstützung von Baumwollkulturversuchen sind 266 000 M. (66 000 M. mehr) eingestellt, die in der Hauptsache zur Belehrung und Unterweisung der Eingeborenen, Anlegung von Musterpflanzungen und Verteilung von Samen verwendet werden sollen. Gen. Kräpzig erklärte, daß die Sozialdemokratie für diesen Titel stimmen würden, nicht aber für die Bewilligung der im Etat des Kolonialamtes vorgesehenen 150 000 M., die zur Unterfütterung des kolonialwirtschaftlichen Komitees und zur Ausbildung von Sachverständigen bestimmt sein sollen, gegen deren Verwendung Bedenken zu erheben seien. In dem Abg. Schwarze (Ztr.) fand die Regierung einen Verteidiger ihres Standpunktes und die genannte Erwerbsgesellschaft einen Anwalt ihrer Interessen. Symbolisch folgte auch hier der Kulturarbeit das Maschinengewehr. Im Etat für Ostafrika sind 12 000 M. eingestellt, um weitere Eingeborenen-Distrikte mit diesen Waffensystemen zu beglücken. Auch diese Bewilligung hielt Abg. Schwarze (Ztr.) für eine kulturpolitische Notwendigkeit.

Gegen die Ausgabe von 100 000 M. als erste Rate für Eisenbahnerfindungen wandten sich die Abgg. Erzberger (Ztr.) und Ledebour (Soz.), weil dadurch neue Anreize zu Bahnbauten für Interessenten gegeben und eine wahre Bahnsucht entzündet werde. Abg. Schwarze (Ztr.) war wiederum anderer Meinung; mit den Vertretern der Volkspartei, der Konservativen und der Nationalliberalen schlug er sich auf die Seite der Regierung. Das kolonialwirtschaftliche Komitee hat sich über ungenügende Vertretung seiner Interessen durch Mitglieder der Kommission nicht zu beklagen.

Eine längere Debatte rief die im Etat geforderte Zahlung eines Zuschusses an die Deutsche Holzgesellschaft in Ostafrika hervor, die wegen geschäftlicher Schwierigkeiten den Betrieb der Sigsbahn nicht aufrecht erhalten kann. Gen. Roske und Abg. Erzberger (Ztr.) beantragten Ablehnung wegen der unabsehbaren Konsequenzen für das Reich. Mit viel Geschäftigkeit bemühten sich die Abgg. Baasche (natl.), Raband (W.), Westarp (kons.) und Schwarze (Ztr.) Verständnis für die Schmerzen und Wünsche der verfrachten kapitalistischen Gründung zu erwecken, hatten damit aber kein Glück. Da die Kolonialverwaltung an der Erhaltung der Bahn interessiert ist, wurde ihr durch Erweiterung des Dispositios in außerordentlichen Etat für den eventuellen Erwerb der Bahn freie Hand gelassen.

Schwohl nur noch wenige Minuten für die Beratung zur Verfügung standen, wurde entgegen dem auf Vertagung lautenden Antrage der Sozialdemokraten über die Forderung von 5 400 000 M. zur Fortführung der Usambarabahn und zum Ausbau des Hafens in Tanga verhandelt. Gen. Roske schilderte die ungeheuerlichen Mißstände, die sich bei früheren Kolonialbahnbauten, besonders bei der Firma Holzmann, herausgebildet haben, wandte sich gegen die furchtbaren Verwüstungen, die im Verfolge dieser „Kulturpolitik“ unter den Eingeborenen angerichtet worden sind und forderte nachdrücklich Garantien für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der bei den Bahnbauten beschäftigten Arbeiter. Der Staatssekretär wußte hierauf nichts zu erwidern als ein paar abgegriffene Versicherungen, daß die Regierung wohlwollend und pflichtgemäß alles tun werde. . . . Auf die von Roske vorgebrachten Fälle schlüssiger Arbeiterbrutalisierung, Pflichtverletzung, Aktienfälschung etc. ging er mit keinem Wort ein. Dafür wurde er vom Gen. Ledebour, der die einstündigen Rostkes unterstützte und ergänzte, entsprechend kritisiert. Die Mehrheit der Kommission aber hatte es auf die Forcierung der Debatte und die Bergewältigung der Sozialdemokraten abgesehen. Ein Antrag Ledebour, der sich gegen Arbeitszwang, Arbeiterverschleppung und weitere Zulassung von Plantagen wandte und Verpflegung, ärztliche Versorgung, Regelung des Arbeitsverhältnisses durch Arbeitsordnungen und Schutz der Eingeborenen vor Unterdrückung und Enteignung forderte, wurde kaum angehört aber geschlossen niedergestimmt und darauf der Etatsartikel — trotz des Protestes Ledebours gegen die Unwürdigkeit dieses Verfahrens — genehmigt.

### Deutsche Politik.

#### Der Duellmord von Metz.

In der Nähe von Metz hat bekanntlich jüngst der Leutnant v. la Balette St. George den Leutnant Saage im Duell erschossen. Ursache des Duells waren nach einer offiziellen Darstellung, die Beziehungen, die während der Karnevalstage zwischen dem Leutnant von la Balette-St. George und Frau Saage aufgenommen waren, und die zu schwerer Ehrenkränkung des Leutnants Saage führten, daß sie selbst unter der Rücksichtnahme auf die beim Karne-

val herrschende Stimmung nicht in einem milderen Lichte erscheinen konnten.

Der beleidigte Ehemann hat also als Opfer des Duellzwangs sein Leben lassen müssen, der Beleidiger, der seinen Kameraden erschossen hat, wird aber nach ein paar Monaten fidele Festungshaft wieder der Feld des Offizierskasinos sein.

Die „Germania“ kündigt an, daß der Vorfall im Reichstag durch eine Interpellation oder beim Militäretat zur Sprache gebracht werden wird. Sie schreibt:

Schon aus dieser kurzen Darstellung ergibt sich, daß der Leutnant von la Balette-St. George der eigentlich Schuldige ist, der die Familien Ehre des Leutnants Saage in schmerzlicher Weise gekränkt hatte. Mußte nicht gegen diesen Schänder der Ehre seines Kameraden sofort in entschiedener Weise und mit der schwersten militärischen Disziplinarstrafe vorgegangen werden? Das ist nicht geschehen. Die Sache wurde nach dem bisher üblichen Schema dem Ehrengericht unterbreitet, das Ehrengericht unterwarf aber nicht etwa die Schuldfrage seiner Entscheidung, sondern ordnete ein Duell an. Und der Leutnant v. la Balette-St. George, der als der Schuldige betrachtet werden muß, erhielt seinen unschuldigen Kameraden Saage. Wessen „Ehre“ ist nun repariert dadurch, daß ein unschuldiges blühendes Menschenleben geopfert, die Frau ihres Gatten, ein unschuldiges Kind seines Vaters beraubt wurde?

Was hat aber das christliche Zentrum gegen die Vorgehensweise des Duellmordes bisher ernstlich unternommen? Am 19. April 1913 ist die Duellkommission des Reichstages eingeleitet worden, aber ihre Aktion ist noch zu fernem abschließenden Ergebnis gelangt, und zwischenzeitlich wurde die Kien-Militärvorlage vom Zentrum bewilligt. Es ist also wieder nichts anderes zu erwarten als große Worte ohne Taten.

Nur der „Volkshfreund“ ist das Blatt der Arbeiterklasse!

#### Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag

hat endlich am Freitag, den 27. Februar, den Neubau eines Landeskrankenhauses genehmigt, um den man sich seit vielen Jahren im Lande stritt. Landtage kamen und gingen, ohne den Knoten lösen zu können. Das Projekt ist ohne Grund und Boden mit 600 000 Mark veranschlagt. Der Bau wird sofort in Angriff genommen, um für die Arbeitslosen im Lande Arbeit zu schaffen. Zur Erhaltung und zum Ausbau der übrigen im Lande befindlichen Gemeindekrankenhäuser und zur Erbauung eines weiteren wird ein Fonds von 100 000 Mark bereitgestellt. Die Mittel werden aus den Ueberflüssen der letzten und laufenden Finanzperiode gedeckt. — Diese energische Krankenfürsorge hätte ohne die sozialdemokratische Mehrheit wahrscheinlich noch lange auf sich warten lassen.

#### Preussische Jugendfürsorge.

Die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Königsberg wollte eine bestimmte Arbeitszeit für Lehrlinge festlegen. Die Lehrherren sollten, soweit nicht für einzelne Gewerbe besondere gesetzliche Bestimmungen vorgegeben sind, ihre Lehrlinge in der Regel nur in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends unter Einhaltung einer einstündigen Mittagspause und einer angemessenen Frühstückspause und Vesperpause beschäftigen. Ausnahmen sollten für Saisongewerbe und solche Betriebe zulässig sein, wo die gewerblichen Erzeugnisse dem Verderben ausgesetzt sind oder der Geschäftsbetrieb nach 7 Uhr abends zulässig ist. Sollte von der Ausnahme Gebrauch gemacht werden, so sollen die Pausen so reichlich bemessen sein, daß die tägliche Beschäftigungszeit nicht mehr als 11 1/2 Stunden beträgt.

Diese Regelung hätte eine Besserung gegenüber den bestehenden Verhältnissen gebracht. In vielen Betrieben herrscht noch eine maßlose Lehrlingsausbeutung. Doch die Regierung will von einer geregelten Arbeitszeit der Lehrlinge nichts wissen. So hat der Beschluß der Handwerkskammer über die Dauer der täglichen Beschäftigung der Lehrlinge nicht die Genehmigung des Ministers gefunden. Der Regierungspräsident hat der Kammer mitgeteilt, daß die Aufnahme einer Bestimmung über die Dauer der täglichen Beschäftigung der Lehrlinge in die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens nicht ratsam sei, daß aber der Beschluß für die Beurteilung von einzelnen Beschwerdefällen eine geeignete Unterlage bieten könne.

Also nicht einmal das wird akzeptiert, was eine Handwerkskammer in Vorschlag bringt. Die Jugend kann weiter maßlos ausgebeutet werden. Preussische Jugendfürsorge!

#### Demonstration Berliner Schutzleute.

In der Nacht zum Samstag reiste wieder einer der strafverletzten Führer der Berliner Schutzmannsorganisation nach Badze ab. Trotz des Verbotes des Polizeipräsidenten, Demonstrationen abzugeben, wie sie sich vor kurzem ereigneten, zu wiederholen, hatten sich nahezu 1000 Schutzleute, also fünf mal so viel wie kürzlich, in Zivil, zum Teil begleitet von ihren Frauen, auf dem Schlesischen Bahnhof eingefunden, um sich von dem Strafverletzten zu verabschieden. Es wurden Reden gehalten und dem Gemäßigten Kranz überreicht. Um den patriotischen Charakter zu wahren, wurde auch noch ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht und „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen.

Den Herrschenden sind diese Demonstrationen offenbar sehr unangenehm. Der „Berl. Lokalanzeiger“ und die „Post“ suchen ihre Leser über die Vorgänge zu beschwichtigen. Der „Berl. Lokalanzeiger“ schrieb am Samstag abend, die Reden seien von pensionierten Beamten gehalten worden, und es stehe noch nicht fest, ob aktive Schutzleute sich an dem Abschied auf dem Bahnhof beteiligt haben; ein behördliches Einschreiten sei kaum zu erwarten. Die „Post“ spricht von einer aufgebauchten Meldung. Die Sache habe ungefähr ausgesehen wie eine Studentenabreise. Der Verabschiedete, namens Fuhrmann, habe hier einen großen Bekanntenkreis gehabt.

Inzwischen mahregelt v. Jagow weiter. Der Telegraphist Pohlmann, der von seinen Kameraden als Vertrauensmann erwählt war, um in der Frage der Gründung eines Schutzmannsvereins zwecks Einrichtung einer Hinterbliebenenzuschußkasse die Wünsche der Schutzleute bei den Vorgesetzten zu vertreten, ist nach einer Meldung der „Berliner Volkszeitung“, wie sein Kollege Schrader, jetzt auch seines Amtes als Telegraphist enthoben und in den Revier- und Straßendienst zurückverlegt worden. Jagow leistet wirklich gute Arbeit!

#### Ulramontane Schwindeleien.

Am 19. September 1913 schrieb das hierfals „Straubinger Tagblatt“ unter der Stichmarke „Zur Aufklärung“ einen Artikel gegen die Volksfürsorge und 10 g darin folgendes zusammen:

„Die Gründung der Volksfürsorge geschah auf den sozialdemokratischen Parteitag, das Kapital stammt aus der roten Parteikasse. Wer sein Geld nicht hergeben will zur Stärkung der roten Parteikassen und zur Förderung der Umsturzideen dieser Partei, der wird sich hüten, einen Aufnahmeschein zu unterschreiben, der die Firma Volksfürsorge an der Stirn trägt.“

Diese schwarzen Unwahrheiten kennzeichnete die „Münchener Post“ vom 22. September 1913 in folgender Weise: „Wenn das Straubinger Schwarzblättchen den Beweis für seine erdichteten Behauptungen erbringen müßte, so würde es schweblich in Verlegenheit kommen. Die Volksfürsorge ist weder eine sozialdemokratische Einrichtung, noch ist sie auf einem sozialdemokratischen Parteitag beschlossen worden, noch stammt das Kapital aus der Parteikasse, noch dient das Geld der Versicherungsanstalt zur Stärkung der roten Parteikasse.“

Das ist der „christlichen“ Redaktion natürlich genau bekannt, was sie aber nicht abhät, mit solchen Unwahrheiten zu operieren, weil sie eben sachliche Gründe nicht anföhren kann. Diese ernste Zurechtweisung hat aber die intelligente Redaktion des „Kirchenreuther Volksboten“ nicht abgehalten, am 5. Februar 1914 den ganzen Lügenartikel wortwörtlich seinen Lesern auch aufzutischen, offenbar in dem Glauben, daß kein Mensch sein Blatt liest, der imstande ist, den Schwindel zu erkennen.

Es scheint doch richtig zu sein, daß es Redakteure in der Zentrumspresse gibt, auf die das von einem Vater gegen sie gebrauchte Wort zutrifft: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip! Und dabei stellen die schwarzen Preßmameluken (siehe „Bad. Beobachter“, D. Red.) noch tiefgründige Betrachtungen über die Kantky-Wort-Moral an.

#### Ein Zentrumsblatt als Schutzgeist der reichen Steuer-mogler und Staatsbetrüger.

Es ist sehr bezeichnend, daß ausgerechnet die Zentrums-presse die größten Besorgnisse hegt, den reichen Steuer-moglern möge aus dem gewährten Generalpardon nach-träglich doch noch ein Fallstrich gedreht werden. Am un-berücktesten geberdet sich die ultramontane „Tremonia“ in Dortmund, wo übrigens von amtlicher Stelle aus sehr nachdrücklich der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß auch jetzt noch betrogen wird, obwohl dort infolge des Generalpardons 1 Million Mark mehr aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer zu erwarten ist. Die „Tremonia“ befürchtet, daß das Ergebnis des Generalpardons auch für die Zukunft „Schroßköpfe“ und „Daumenschrauben“ für die Reichen sein werde. Insbesondere ist sie in helle Auf-regung über den Artikel eines Bürgermeisters in der „Tägl. Rundschau“. Der Bürgermeister hatte, um auch in Zukunft den Drückbergern beikommen zu können, folgendes System entwickelt:

Der Steuerpflichtige hatte vor so und so viel, sagen wir sieben Jahren, als er seine Berufstätigkeit oder sein Ge-



schäft anfang, ein ererbtes oder erheiratetes Vermögen von 30 000 M. Jetzt gibt er ein Vermögen von 100 000 M. an. Woher stammt das Mehr von 70 000 M.? Bis zum Nachweis einer anderen Quelle ist anzunehmen, daß er von seinem Einkommen 70 000, also jährlich 10 000 M. zurückgelegt hat. Nun hatte der Mann aber nur 8000 M. Einkommen angegeben und versteuert. 8000 M. hat er aber jährlich für seine Hauswirtschaft verbraucht. Wenn er noch obendrein 10 000 M. jährlich sparen konnte, so hat er 18 000 M. Jahreseinkommen gehabt. Wegen der Steuer, die er hinterzogen hat, können wir ihm nichts tun; aber die Zukunft gehört uns. Wir veranlassen ihn auf Grund obiger retrospektiver Rechnung zu 18 000 M. Einkommen. Wenn ihm das nicht behagt, so kann er die Rechtsmittel ergreifen und den Nachweis liefern, aus welcher anderen Quelle er die 70 000 M. Vermögen geschöpft und wie es mit den einzelnen Einnahmequellen steht.

Dazu bemerkt nun in jörniger Erregung in ihrer Nummer 52 die „Tremonia“ als Sachwalterin dunkler Ehrenmänner:

„Wenn dieses Verfahren bei der Veranlagungsbehörde in Aufnahme kommt, so führt der Generalpardon nicht zum Frieden, sondern zu Schikanen und Vergewaltigungen. Man kann doch nicht ohne weiteres annehmen, daß der Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Vermögensschätzung aus Ersparnissen herrühre. Erstens ist es zweifelhaft, ob nicht schon bei der früheren Schätzung, die jetzt grundlegend sein soll, ein höheres Vermögen vorhanden war. Zweitens kann der Zuwachs aus Schenkungen, aus Lotteriegewinnen, aus gelegentlichen Spekulationen, aus allen möglichen Glückszufällen herbeigekommen sein. Wollte man den Jahresdurchschnitt des Vermögenszuwachses einfach dem Einkommen zurechnen, so würde der Betroffene das als Strafe für seine Offenherzigkeit finden. Für manchen wäre das eine Art Tortur. Denn nicht jeder ist in der Lage, über die Herkunft seines Vermögens ohne Scheu und Schaden der Behörde eingehende Nachweisungen zu geben, und mancher bezahlt lieber zähneknirschend eine zu hohe Einkommensteuer, als er im Streitverfahren seine ganzen Bücher oder seine Berufsheimnisse vor fremde Augen und Nasen bringt. Der Hinweis auf die „Rechtsmittel“ macht das Verfahren nicht human. Wenn man jemanden „berufsweise“ zu hoch einschätzt, so ist das ein objektiver Erfahrungsversuch.“

Wir meinen: ehrliche Geschäftsleute brauchen sich niemals zu scheuen, die Karten blank zu legen, d. h. ihre Bücher offen zu legen. Auf Gauner, Spitzbuben und sonstige dunkle Ehrenmänner braucht die Steuerbehörde aber keine Rücksicht zu nehmen. Nur den unsauberen Elementen kann ein Tortur sein, Bücher offen zu legen. So schamlos auch das Gebahren der „Tremonia“ ist, es entspricht durchaus dem Charakter des Zentrums, das immer bereit ist, die Arbeiter rücksichtslos auszuraubern, für die reichen Ausbeuter und Gauner aber nur schonungslosste Rücksichtnahme kennt.

### Badischer Landtag.

Die Frage der Militärgerichtsbarkeit in Baden. — Die Wahl des Abg. Schöpfle (Konf.) im 46. Wahlkreis für gültig erklärt.

Die Zweite Kammer wies gestern das Gepräge eines großen Tages auf. Nichtbelegte Tribünen zeigten, daß der Fall Baden auch heute noch das öffentliche Interesse in vollem Maße in Anspruch nimmt. Die Interpellation des Frank und Genossen über die Militärgerichtsbarkeit in Baden begründete Genosse Dr. Frank, der unter Benützung staatsrechtlicher Materials in streng sachlichen Ausführungen auf die Wichtigkeit der Forderung aufmerksam machte, daß die Militärbehörde ohne Befugnis der Zivilverwaltung kein Recht habe, sich in den Wirkungskreis der Zivilverwaltung einzumischen. Zur Beantwortung der Interpellation erklärte Minister v. Bodman, daß die Kabinettsorder von 1820 für Baden nicht bestehe und daß bei uns — hiermit ist die preussische Militärbehörde einverstanden — das Militär nicht das Recht habe, sich ohne Verlangen in Dinge der Zivilverwaltung einzumischen. Die Redner der verschiedenen Parteien erklärten sich mit der Erklärung des Ministers einverstanden, da sie die Sicherheit der Zivilbevölkerung gewährleisten. Es folgte die Prüfung der Wahl des

Abg. Schöpfle im 46. Wahlkreis Durlach-Etlingen-Borsheim, bei der es verschiedene Zusammenstöße gab. Herr Koch von den Nationalliberalen zog sich einen Ordnungsruf des Präsidenten zu. Bei der Abstimmung stimmten das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen für Gültigkeit der Wahl im 46. Wahlkreis, so daß Herr Schöpfle bis zu den Hauptwahlen in 3½ Jahren dem Landtage angehören wird. Zum Schlusse wurde der Vorschlag des Staatsministeriums beraten und genehmigt. Heute folgt die Beratung der Gesandtschaften, die wohl interessante Debatten bringen dürfte.

#### 38. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 2. März.  
Präsident Mohrbach eröffnet die Sitzung um 4,26 Uhr.  
Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

**Eingänge:** Eine Petition des Vereins der Bahnmeister und Telegraphenmeister der Gr. Staatsbahnen um Prüfung ihrer Beförderungsverhältnisse; eine Petition des Gr. Ministers der Finanzen mit den Gesetzentwürfen, die Ergänzung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen betr., und die Grundsteuer betr., nebst Allerhöchsten Kommissorien.

Ferner ging ein: ein Schreiben des Gr. Finanzministers mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abg. Reimann u. Gen., die Revision der Gehaltsordnung und des Gehaltskurses und die einseitigen Maßnahmen sowie die Aufbesserung der Löhne der Staatsarbeiter betr.

Weiter lief eine Petition der Beamten der Gemeinde Krözingen um Einsetzung dieser Gemeinde in eine höhere Ortsklasse und der Arbeiter um Besserung ihrer Wohnverhältnisse ein.

Als erster Punkt steht zur Tagesordnung die Interpellation des Abg. Dr. Frank u. Gen., die Militärgerichtsbarkeit betreffend.

Die Interpellation lautet:

In Urteilen der Straßburger Militärgerichte vom 10. Januar d. J. wird behauptet, daß die preussische Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 noch in Geltung sei und daß die Offiziere sich bei der Anwendung dieser Vorschrift nicht darum zu kümmern brauchen, ob die Order mit den Gesetzen im Einklang stehe. Da auch die in Baden liegenden Truppen teile zum preussischen Kontingent gehören, eruchen wir die Gr. Regierung um Beantwortung der Frage: Welche Schritte hat die Regierung getan oder gedenkt sie zu tun, um die persönliche Freiheit der badischen Staatsbürger und das Ansehen der badischen Zivilverwaltung zu schützen?

Abg. Dr. Frank (Soz.)

(zur Begründung der Interpellation): Aus dem Wetterwinkel von Baden sind

#### schwere politische Wolken

über den Rhein herübergezogen. Es gab im ganzen Reich Miß- und Donnerwetter. Unsere heutige Interpellation ist nur ein letztes spätes Wetterleuchten. Zur Zeit, in der wir unsere Anfrage an die Regierung gerichtet haben, hat keiner von uns gedacht, daß wir auf eine Beantwortung so lange Wochen warten müßten, vielmehr hatten wir die Hoffnung, daß ähnlich wie in Bayern und Württemberg, so auch in Baden die Regierung in der Lage wäre, uns rasch beruhigende Erklärungen zu geben. Wir sind in dieser Erwartung getäuscht worden. Ich nehme aber an, daß das nicht auf ein Verschulden der Regierung zurückzuführen ist. Ich bin überzeugt, daß die Regierung dreht, Marheit zu schaffen, mit aller Deutlichkeit die Grenzen zwischen Zivil- und Militärgericht abzustufen.

Wenn es trotz des guten Willens der Regierung, den ich voraussetze, so lange Zeit gebraucht hat, bis uns die erwarteten und gewünschten Erklärungen abgegeben werden konnten, so muß ich annehmen, daß inzwischen Verhandlungen mit anderen Regierungen notwendig waren, vielleicht mit der preussischen Militärverwaltung, und wenn diese Beratungen so lange Zeit in Anspruch genommen haben, so folgert ich daraus, daß die Schwierigkeiten ergeben haben müssen, vielleicht deshalb Interpellation noch notwendiger geworden ist, als wir selbst gewußt haben. Wir haben angefragt, inwiefern

#### die alte Kabinettsorder

aus dem Jahre 1820 auch innerhalb Badens Geltung habe, in

anderer Form ausgedrückt: Wir haben gefragt, ob es neben dem öffentlichen Recht, das die Grenzen der beiden Gewalten absteckt, noch eine Art geheimen Rechtes gibt, eine Art absolutistischer Geheimrieche.

Auf preussische Verhältnisse übertragen, hat sich die Frage gestellt: In Artikel 96 der preussischen Verfassung ist der Grundgesetz festgelegt, daß nur auf Eruchen der Zivilbehörde das Militär eingreifen darf, und die Ausnahmen von diesem Grundgesetz sollen durch das Gesetz bestimmt werden, wie es dort heißt. Trotz dieses klaren Wortlautes des Gesetzes wurde aber dann bei den bedauerlichen unheilvollen Vorgängen im Elsaß, über die ich heute nicht sprechen will, behauptet, daß diese Order noch Kraft hat. Für Baden liegt die Sache so, daß das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilgewalt zunächst geordnet ist durch die „Militärkonvention zwischen Baden und Preußen“ vom 22. November 1870; sie trägt die Unterzeichnung von Jolly und von Maon. In Artikel 6 Absatz 2 ist dort zunächst der Grundgedanke gegeben, daß die nach Baden dislozierten Bataillone dem Großherzog für die Zwecke des inneren Dienstes zur Verfügung stehen; in Artikel 13 finden wir den Grundgedanke: „Ein selbständiges militärisches Einschreiten ohne vorherige Requisitionen der zuständigen Zivilbehörde ist nicht statthaft“ und es kommen dann die selbstverständlichen Ausnahmen, daß ein gewisses Notwehrrecht für das Militär für Baden, Patrouillen und dergleichen besteht. In Artikel 18 der Militärkonvention ist dann gesagt: „Die Fälle und Formen, in welchen das Militär gegen Zivilpersonen einschreiten und von seinen Waffen Gebrauch machen darf, werden durch eine, unter Berücksichtigung der vortrefflichen Reglements bisherige zu erlassende Verordnung geregelt.“

Diese Verordnung, die in der Militärkonvention in Aussicht gestellt wurde, wurde dann erlassen am 8. Februar 1872; es ist eine „Landesherrliche Verordnung“, die „den Waffenbrauch des Militärs und dessen Mitwirkung zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ regeln soll. Für unsere Frage kommt von dieser Verordnung der § 2 in Betracht; dort heißt es: „Genügen die Kräfte der Polizeigewalt nicht zur Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, so kann der Befehl des Militärs von der Zivilbehörde in Anspruch genommen werden.“

Dann ist in § 4 genauer gesagt, unter welchen Voraussetzungen das Militär aus eigenem Recht seine Waffen gebrauchen dürfe: Wenn Gefangene befreit, wenn Personen oder Sachen geschädigt werden sollen; in § 3 ist eine Spezialbestimmung für den Fall, daß das Militär zur Zertreibung eines Volkswaules oder zur Aufhebung einer Volksversammlung benützt werden soll; es ist dort gesagt, daß vorher der Waffengebrauch dreimal in kurzen Pausen angeordnet werden muß und daß jedesmal durch „Tommel, Trompete oder das Horn, sowie ein Tambour u. anwendig ist“, also in feierlicher Weise dieser Waffengebrauch angeordnet werden muß.

Der für uns entscheidende Paragraph 2, wo ausdrücklich erklärt ist: „Genügen die Kräfte der Polizeigewalt nicht zur Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, so kann der Befehl des Militärs von der Zivilbehörde in Anspruch genommen werden.“ Also die Entscheidung darüber, ob zur Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung Militär notwendig ist, ist in die Hände der Zivilverwaltung gelegt und hier steht der entscheidende Unterschied zwischen der preussischen Kabinettsorder vom Jahre 1820, die im Jahre 1899 für das preussische Heer erneuert worden ist, und dem Rechtszustand, den wir in Baden jahrelang für selbstverständlich gehalten haben, dem die Rechtszustände namentlich, daß die Zivilbehörde entscheidet, ob sie Militär braucht oder ob sie es nicht braucht.

Und nun fragen wir mit unserer Interpellation an, ob neben dem Recht, das in der Militärkonvention vom 22. November 1870 und in der Landesherrlichen Verordnung vom 8. Februar 1872 gegeben ist, noch ein weiteres, ein geheimes Recht existiert: Das Recht, das in dieser Kabinettsorder vom Jahre 1820 gegeben ist und das in entscheidenden Punkten das Gegenteil von demjenigen Recht besagt, das bisher bei uns in Baden galt. Dort ist ja nicht die Zivilbehörde, sondern dem militärischen Befehlshaber unter gewissen Voraussetzungen die Entscheidung darüber übertragen, ob das Militär notwendig ist und ob der militärische Befehlshaber die Handlungen, die die Regeln der Zivilbehörde für genügend hält, um die Ordnung zu wahren. Das ist der springende Punkt.

Es ist nicht überflüssig, wenn wir die Frage stellen, ob diese Kabinettsorder, soweit sie in Widerspruch mit dem badischen Rechte steht, gilt oder nicht gilt; denn Sie wissen, daß das Militärgericht in Straßburg die Theorie aufgestellt hat: Der Soldat, auch der preussische Soldat, nehme gewissermaßen das in seiner Heimat geltende Recht im Dienste mit sich in seinen Standort, ob er nun im Elsaß, ob er in Baden oder ob er in

### Tantchen Kosmarin,

oder: Alles verkehrt.  
Sumoreste von Heinrich Schöffe.  
(Fortsetzung.)

#### Neue Chikanen.

Tantchen Kosmarin war fortan gutes Mutes, weil von Zeit zu Zeit hoffnungsvolle Berichte des Herrn Kurzbein eintrafen. Nur fand sie Suschens Gleichgültigkeit gegen den Prozeß sonderbar. „Es ist ja nicht mein Prozeß, sondern der deinige!“ sagte sie wohl zehnmal des Tages. Und es machte ihr Galle, wenn die gutmütige Richterin sogar wagte, mitunter ein Wörtchen zu sagen, das man als ein mildes Urteil zu Gunsten des Barons hätte auslegen können.

Aber in Suschens Brust stand es jetzt ganz anders, als sonst. Die bewußte Gespenstererscheinung hatte eine ganz eigene Wirkung auf sie gehabt; und der durchdringende zärtliche Ton, mit dem man im Wäldchen das ewige „Aber ich bete Sie an“ gesagt hatte, konnte durchaus nicht vergessen werden. Der Ring kam nun keine Nacht vom Finger, und die Mutter spielte mit dem Bildnisse des Barons weit mehr, als der Sohn, dem es gehören sollte. Ueberhaupt hätte der Herr Gemahl seiner Gemahlin kein gefährlicheres Geschenk machen können, als dies verführerische Porträt, denn es war auch gar zu sprechend ähnlich, und man konnte nicht leicht wieder davon kommen, wenn man es einmal in Händen hatte.

Freilich Tantchen Kosmarin ahnte von dem Unfug nichts, der durch den Baron gestiftet worden war, und sie ließ sich nicht beifallen, daß Suschen kleine freundschaftliche Unterredungen mit dem Wibe des gleichen Mannes hielt, gegen welchen Herr Kurzbein auf Tod und Leben zu fechten hatte. Sie würden darin die Chikanenwolle aller Chikanen entdeckt haben, die jemals einem Gegner im Prozesse gemacht worden.

Daß der Herr Baron zu solchen raffinierten Gegenstreichen viel Talent besaß, erhellt aus folgendem Umstand:

der selbst das Genie des berühmten Advokaten Kurzbein in nicht geringe Verlegenheit stürzte.

„Ich muß Ihnen, wohlgeborene Frau Obersteuerrätin, eine der sonderbarsten Geschichten melden, die mir jemals in meiner Praxis vorgekommen ist!“ schrieb er. „Dieweil ich, nicht ohne gute Hoffnung in unserer Sache zu reussieren, fortgeschritten, wird mir bekannt gemacht, daß der Herr Baron von Malzen durch einen förmlichen Akt seine Gemahlin die hochgeborene Frau Baronin von Malzen, und im Fall deren früheren Absehens, den jungen Herrn Baron Pompejus von Malzen, welchen er als seinen rechtmäßigen und erblichen Sohn erkennt, zu Uniberalerben aller seiner Güter und Besitzungen macht, und sie eben sobald gänzlich abtritt, als im vorwaltenden Ehescheidungsprozeß die Trennung seiner Ehe gerichtlich ausgesprochen werden sollte. Obwohl nun besagter seltsamer und mir unbegreiflicher Akt im Gang des Ehescheidungsprozesses keine wesentliche Störung verursachen kann, scheint doch der Herr Baron den gefährlichen Kunstgriff anzuwenden, um die öffentliche Meinung gegen die hochgeborene Frau Baronin zu richten. Ich bitte mir in dieser Rücksicht Verhaltensbefehle aus. Un da jener Akt gewissermaßen als eine donatio inter vivos zu betrachten ist, hängt es noch davon ab, ob die Beschenkten geneigt sind, die Schenkung zu acceptieren, falls die Ehescheidung vor sich geht und vom Tribunal erkannt wird.“

„Das begreife ich nicht. Mir schwindelt der Kopf!“ sagte Tantchen Kosmarin nach Vorlesung dieses Briefes in ihrem geheimen Staatsrat.

„Mir gar nicht!“ sagte der Herr Pfarrer, „ich würde die Schenkung annehmen. So etwas schlägt man nicht gern aus.“

„Ich bin ganz gehoramt der Meinung des Herrn Pfarrers!“ setzte der Herr Verwalter Säblein hinzu.

„Und was meinst du, Suschen?“ fragte die Lante; „denn ich glaube, der Herr Baron ist ein Narr, oder dahinter steckt gottlose List, womit er uns in eine Falle locken will. Denn wie könnte es ihm beikommen, wenn er von

dir geschieden wird, sich aller seiner Güter und Besitzungen zu entschlagen?“

Suschens dachte an des Barons Worte im Walde, und ihre Augen wurden naß. Sie erkannte, in diesem raschen Entschlusse, des Barons reine Liebe, und daß er ohne Suschen das Leben verachtet. Dies erhob auch ihr Gefühl, und sie hatte die Vergessenheit, oder den Mut, der Lante zu sagen: „Mein Mann denkt sehr edel, bei Gott höchst edel! Ich will ihn nicht herabsehen; man sollte lieber den Ehescheidungsprozeß niederschlagen. Mein Mann verdient Achtung.“

Tantchen war bei diesen Worten wie aus den Wolken gefallen. Sie sah den Herrn Pfarrer und Verwalter mit verwunderungsvollen Augen, dann Suschen an, und sagte nachdem sie sich erholt hatte: „Dein Mann? was denn Mann? höchst edel? Prozeß niederschlagen? Du bist ein wahres Kind, Suschen.“

Der Herr Pfarrer, welcher trotz seiner irdischen Rücksichtlichkeit einen Blick des Geistes in Suschens Herz gefaßt haben mochte, lächelte und sprach: „Du hast recht, Schwertausend Wochen.“

„Triffst genau ein!“ sagte der Herr Verwalter: „tausend Wochen machen neunzehn Jahre zwölfs Wochen.“  
(Fortsetzung folgt.)

#### Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 5. März. B. 42. „Der verlorene Sohn“, Legendenspiel in 3 Akten von Wilhelm Schmidtbonn. Anfang 7,45 Uhr, Ende 10,10 Uhr.  
Freitag, 6. März. A. 42. „Der verlorene Sohn“, in 3 Akten von Nestor, Musik von Benzel Müller. Anfang 7,45 Uhr, Ende nach 10,10 Uhr.  
Samstag, 7. März. B. 41. „Die schöne Helena“, komische Oper in 3 Akten von Offenbach. Anfang 7,45 Uhr, Ende 10,10 Uhr.  
Sonntag, 8. März. C. 42. „Aida“, große Oper in 4 Akten von Verdi. Anfang 7,15 Uhr, Ende nach 10,10 Uhr.  
Montag, 9. März. A. 43. „Der verlorene Sohn“, Legendenspiel in 3 Akten von Schmidtbonn. Anfang 7,45 Uhr, Ende 10,10 Uhr.



Freußen keine Garnison habe: Das Recht, das für ihn daheim gelte, das nehme er im Tornister mit sich! Das würde also bedeuten, daß auch in Baden die preußischen Soldaten oder preußischen Armeeteile, die bei uns in Garnison liegen oder abzuwecken, unter der preußischen Kabinettsorder vom Jahre 1820 stehen. Daß das in Widerspruch stünde mit der badischen Militärkonvention, daß das in Widerspruch stünde mit der badischen Militärkonvention von 1872, brauche ich nicht weiter zu erörtern; das ergibt sich ohne weiteres aus der Gegenüberstellung der Texte der beiden in Betracht kommenden Verordnungen: Der Kabinettsorder von 1820 und der Landesherrenlichen Verordnung von 1872.

Ich habe mich auch im Sinne einer Rücksprache der Fraktionen im Seniorenfondent darauf beschränkt, die Frage für Baden zu stellen; ich muß und werde mich heute nicht darauf erlassen, zu prüfen, inwieweit für das ganze Reich die Frage brennend ist. Ich kann mich umso mehr darauf beschränken, die badische Seite der Frage zu besprechen, als ja eine Fraktion des Hauses einen Antrag gestellt hat, der noch in der Kommission behandelt wird und der die Frage zur Debatte stellt, inwieweit eine reichsrechtliche Regelung der Angelegenheit erwünscht und möglich wäre.

Das eine aber darf ich sagen: Ich glaube, das ganze Haus ist darin einig, daß namentlich für unser Nachbarland, für Elsaß-Lothringen, der heutige Zustand unhaltbar ist, monoch für verschiedene Kruppenteile aus den verschiedenen Bundesstaaten verschiedenes Recht gilt in der entscheidenden Grundfrage der bürgerlichen Freiheit.

Ich hoffe, daß auf unsere Frage die Regierung uns heute befriedigende Mitteilungen machen kann. Baden hat bei dem Übergang an uns große Opfer gebracht und es ist vielleicht ein geschichtlicher Ruhmesitel Badens, daß es das getan hat; aber wir wünschen und erwarten, daß diese Opfer für die Einheit nicht gebraucht werden auf Kosten der bürgerlichen Freiheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Rodman: Die rechtliche Grundlage der Verhältnisse zwischen Militär und Zivil wird in Baden gemäß § 13 der Militärkonvention von 1872 geregelt. Demzufolge darf ein Waffengebrauch des Militärs nur erfolgen, wenn die Zivilbehörde diese Genehmigung verlangt. Die Kabinettsorder von 1820 befindet sich nicht in den badischen Bestimmungen. Ein Einverständnis des Militärs aus eigenem Recht ist nicht statthaft; außer im Falle eines Aufruhrs, wenn die Zivilbehörde nicht in der Lage ist, das Militär anzugreifen. Mit diesen badischen Bestimmungen erklärte sich die preußische Militärbehörde einverstanden. Für die in Baden liegenden preußischen Kruppenteile sind daher die badischen Bestimmungen maßgebend, selbst wenn diese mit den preußischen nicht übereinstimmen. Es sind daher weitere Schritte nicht nötig. Die vom Abg. Dr. Frank erwähnte Verzögerung bedauere auch ich. Sie wurde lediglich veranlaßt, daß seit 1899 hierüber keine Verhandlungen stattfanden und die Frage deshalb gründlich geprüft werden mußte.

Es wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten. Abg. Dr. Rehner (Zentr.): Die Erklärung befriedigt uns, indem hierdurch die Geltung des in Baden bestehenden Rechts festgestellt wird.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich kann im Namen der Interpellanten erklären, daß uns die Erklärung des Ministers befriedigt. Ich möchte nur bitten, daß in der Folge diese Bedingungen gesetzlich festgelegt werden. Abg. Nebmann (Nat.): Der Standpunkt der Regierung ist zu billigen und ich kann nur wünschen, daß sie ihren Standpunkt beibehält.

Abg. Dr. Günner (Fortfchr.): Die Erklärung des Ministers befriedigt uns vollinhaltlich. Wir müssen dieses Referatrecht wahren.

Abg. Vansbach (Konf.) erklärt sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden.

Abg. Dr. Rehner (Zentr.): Es handelt sich hier nicht um ein Referatrecht, sondern um eine Frage des öffentlichen Rechts. Damit schließt die Debatte hierüber. Leher die Wahl des Abg. Schöpffe im 46. Wahlkreis Durlach-Ettlingen-Forsheim berichtet.

Abg. Wittenmann (Zentr.) namens der Wahlprüfungskommission. Die nachmaligen Erhebungen ergaben, daß zwei Wähler tatsächlich Württemberger waren. Zwei Zettel für Lohr mit einem Gehalt wurden für gültig erklärt. Ein Zettel für Färzer Wagner wurde ungültig erklärt. Zieht man die verschiedenen Stimmen ab, so sind nur noch 5226 gültig, die Hälfte wäre also 2613. Zieht man von den Stimmen für Schöpffe die zwei Stimmen der Nichtbadener ab, so hat er gerade die Hälfte der Stimmen. Er hat also nicht mehr die Mehrheit. Die Mehrheit der Kommission beantragte, die Stimmzettel, die mit Gehalten versehen waren, für ungültig zu erklären. Die Mehrheit der Kommission kam zu der Ansicht, daß die Wahl des Abg. Schöpffe für ungültig zu erklären sei, da er die Mehrheit nicht besitze.

Präsident Rohrbuch teilt mit, daß ein Antrag Hertle (Konf.) einging, die Stimmzettel mit Gehalt für ungültig zu erklären. Am Falle der Ablehnung jedoch auch einige andere Stimmzettel als gültig zu erklären.

Abg. Fischer (Konf.) begründet den Antrag und bittet um Annahme.

Abg. Süßkind (Soz.): Das Haus hat sich schon seit Jahren auf den Standpunkt gestellt, bei Wahlprüfungen das gleiche Verfahren anzuwenden, wie im Reichstag. Daß man wegen des Abg. Schöpffe eine Ausnahme macht, kann nicht verlangt werden. Der Zettel mit dem Gehalt ist deshalb für gültig erklärt worden, weil solche Stimmzettel auch bei anderen Wahlen, wie in Donaueschingen,

für gültig erklärt wurden. Es wäre ungehörig, einen Zettel wegen eines Risses für ungültig zu erklären, wenn man nicht sicher weiß, ob der Zettel erst nach dem Wahlakt einen Riß erhielt. Anders liegt es bei den Zetteln mit den Kreuzen. Diese tragen deutliche Merkmale und müssen daher für ungültig erklärt werden. Ich beantrage daher das Mandat des Abg. Schöpffe für ungültig zu erklären.

Abg. Kopf (Zentr.) rügt, daß Präsident Rohrbuch eine Bemerkung des Abg. Süßkind gegen den Abg. Fischer nicht zurückwies. (Präsident Rohrbuch: Ich habe die Äußerung zurückgewiesen.) Ein Gehalt ist ein Zeichen der Mehrheit. Ein solcher Zettel für ungültig erklärt werden. Dringt diese Auffassung durch, dann hat der Abg. Schöpffe die Mehrheit. Der Redner tritt für den Antrag Hertle ein.

Abg. Dr. Koch (Nat.): Der Schöpffe-Zettel mit den drei Kreuzen mußte unbedingt für ungültig erklärt werden. Was den Zettel mit dem Gehalt betrifft, so einigten wir uns vor vier Jahren darauf, solche Zettel für gültig zu erklären. Bei dem Zettel mit dem Riß werde ich mich dem Antrag Fischer anschließen und für Ungültigkeit dieses Zettels stimmen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): In der Kommission wurde dem Berichterstatter vorgeworfen, daß er verschiedene Bedenken erst so spät vorbrachte. Der Berichterstatter erklärte, anfangs in dieser Hinsicht der gleichen Meinung wie die Mehrheit gewesen zu sein. Er habe sich dann mit dem Abg. Schöpffe und Vansbach ins Benehmen gesetzt, wobei dann der Abg. Schöpffe auf einen Punkt hinwies und Briefschreibemerkungen in die amtlichen Akten gemacht wurden, was sehr bedenklich ist. Später wurde dies von dem Berichterstatter bestritten. Es berührt dieses Verfahren sehr bestrebend. Was die Einzelheiten über die einzelnen Stimmzettel betrifft, so kann man allerdings verschiedene Meinungen einig, aber man muß eine gewisse Einheit obwalten lassen. Nachdem wir uns aber nun einmal auf die Praxis des Reichstags einigten, muß dies auch jetzt Geltung haben. Was den Eventualantrag der Rechtsstehenden Vereinigung betrifft, so hat es für das Bundesrat keine Bedeutung, ob wir die Zettel mit den Kreuzen für gültig erklären. Der Antrag der Kommission auf Ungültigkeit bleibt daher zu Recht bestehen.

Abg. Hertle (Konf.) bittet im Sinne des zweiten Teils seines Antrags zu stimmen.

Präsident Rohrbuch teilt mit, daß ein Antrag Fischer und Genossen einging, die Wahl des Abg. Schöpffe für gültig zu erklären.

Abg. Fischer (Konf.) kommt nochmals auf die ungültigen Stimmzettel zu sprechen.

Abg. Kopf (Zentr.): Man sollte aus dem Verhalten des Berichterstatters kein Kapital schlagen. Der Redner stellt verschiedene Berechnungen über die Mehrheitsverhältnisse in Ettlingen an und meint, daß Abg. Schöpffe eine halbe Stimme Mehrheit habe. (Zuruf: Das genügt nicht!)

Abg. Süßkind (Soz.): Ich will mich nur kurz auf die Berechnungen beschränken. Von einer Ungültigkeit des Stimmzettels mit dem Gehalt kann nach der bisherigen Praxis keine Rede sein. Nach dem Gehalt muß der Gewählte eine Stimme Mehrheit haben; eine halbe Stimme genügt nicht. Die Wahl ist daher ungültig.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Die Rechnung Süßkinds ist nicht richtig. Schöpffe hat die absolute Mehrheit.

Abg. Vansbach (Konf.) tritt für Gültigkeitserklärung ein.

Abg. Kolb (Soz.): Der Gewählte muß die absolute Mehrheit haben. Dies muß jedoch eine Stimme sein und keine halbe.

Abg. Süßkind (Soz.): Die Abgeordneten der Rechten scheinen ihre Ernennungs-urkunden nicht genau durchgesehen zu haben. Sonst müßten sie wissen, daß der Wahlkommissär danach berechnet, wie viel Stimmen der Gewählte über die Mehrheit hat. Und hier gibt es keine halben Stimmen.

Abg. Dr. Koch (Nat.) schließt sich den Ausführungen vom Abg. Bernauer an und wendet sich gegen den Abg. Vansbach, weil dieser meinte, es herrsche nicht Recht, sondern die Macht. Wenn ein anderer dieses sagen würde, so würde ich mich dagegen wenden; da es sich jedoch um den Abg. Vansbach handelt, so ist dies hinlänglich.

Präsident Rohrbuch: Dies ist eine Verleumdung des Abg. Vansbach. Ich rufe den Abg. Dr. Koch zur Ordnung.

Abg. Wittenmann (Zentr.): Dem Kommentar des Wahlgesezes zufolge hat Abg. Dr. Bernauer recht.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich muß bestreiten, daß jemals die Abgeordneten die Akten bekommen haben, die von ihrer Wahl handelten. Noch nie haben diese ihre eigenen Akten eingesehen dürfen. Auch innerhalb der Wahlkommission herrschte diese Ansicht und Abg. Wittenmann hatte das Gefühl, daß die Handlung ungewöhnlich war. Daß es jetzt zu einem Bewußtseinsrecht gemacht werden soll, Einigkeit in die Wahllisten durch den Betroffenen nehmen zu lassen, möchte ich zurückweisen.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) verteidigt nochmals seine Auffassung über die Majoritätsverhältnisse bei der Wahl. (Abg. Kolb: Ich habe mich nachträglich überzeugt, daß ich im Irrtum war.) Wer allerdings Notizen in die Akten machte, hätte es nicht tun sollen. Ich nahm nur an, daß Schöpffe diese Notizen machte; aber ich weiß es nicht bestimmt. Anzunehmen ist allerdings, daß die Notizen in dem Sinne gemacht wurden, die Wahl für gültig zu erklären.

Präsident Rohrbuch: Nach der Schriftvergleichung habe ich die Ueberzeugung gehabt, daß die Notiz von Schöpffe stammt. Einen Beweis habe ich jedoch nicht. Der Wahlkommissär ist nicht sorgfältig verfahren.

Selbst bei weitgehendster Nachsicht für ein ehrliches Dichterbestreben, läßt sich nicht viel zum Lobe für den „Verlorenen Sohn“ sagen, denn das Stück leidet in allen drei Aufzügen an ermüdenden Längen, durch seitenlange Monologe. Wenn auch, wie z. B. der 1. Akt, und im 2. Akt einzelne Momente dramatisch akzentiert sind, so sind sie doch nur äußere Scheinberechnungen und dialektisch nicht tief genug erdacht. Somit rechtfertigt sich auch die kühle Aufnahme, welche die Erlaufung am Samstag zu verzeichnen hatte. Den am Stück schluß gezeigten Verfall dürfen wir nicht in erster Linie die Hauptdarsteller für sich in Anspruch nehmen. Das gilt zunächst für Reinhold Lüttjohann, der mit begreifender Hinfreiheit Leiden und den verlorenen Sohn darzustellen mußte. Trotz seiner wunderbaren Ausgestaltung war es dem Künstler nicht möglich, diese ewig monologisierende Figur mit überzeugendem Leben zu erfüllen. Neben ihm verdienen für ihre anerkanntwertigen Leistungen „das Elternpaar“ M. Frauendorf und Josef Marx volles Lob. Gut gezeichnet waren ferner auch noch die Tuppertische „Abja“ von Marg. Big und ihre Tochter „Ais“ von Hedwig Holm. Auch die übrigen Rollen laden die Beifall und verdienen wir deshalb gerne: Hertle (Gaal), Baumhach (Korab), Wasserermann (Guis), Dapfer (Genod) und die schmerzhaften Freunde Jethers. Die Regie lag bei Otto Kienischer und ließ er nichts unberücksichtigt, um dem wahren Dichterverständnis einen äußeren Erfolg zu sichern. Die Bühnenschilder, besonders im 2. Akt, waren stilvoll abgemittelt und in ihrer farbenprächtigen Betonung von guter Wirkung. Mit großer Sorgfalt und anerkanntwertem Fleiß gab sich Otto Kienischer, der leider nur undankbaren Aufgabe hin.

Minister v. Rodman: Wenn der Abg. Wittenmann einen solchen Vorwurf erhebt, so muß er ihn begründen.

Abg. Wittenmann (Zentr.): Aus verschiedenen Bemerkungen des Wahlkommissärs ist meine Ansicht entsprungen.

Abg. Vansbach (Konf.) tritt nochmals für Gültigkeitserklärung der Zettel mit den drei Kreuzen ein.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Fischer für Gültigkeit der Wahl in Ettlingen-Durlach-Forsheim. Mit großer Mehrheit, bestehend aus Zentrum, Konservativen und National-Liberalen, wird die Wahl des Abgeordneten Schöpffe im 46. Wahlkreis für gültig erklärt.

Abg. Dr. Blum (Nat.) erstattet den Bericht der Budgetkommission über den

Voranschlag des Staatsministeriums für die Jahre 1914 und 1915. Die Kommission beantragt Annahme.

Abg. Nebmann (Nat.): Die Zahl der Sprechzimmer im Landtag sollte vergrößert werden. Ebenso sollten auch mehr Arbeitszimmer vorhanden sein. Auch die Presse ist sehr schlecht untergebracht. Pressevertreter können teilweise von ihren Plätzen aus die Redner schlecht verstehen. Außerdem fehlen ihnen Räume, um ihre Arbeiten zu erledigen. Es fehlen noch andere Dinge, wie ein Erfrischungsraum, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen will. Durch einen Anbau könnten diese Wünsche erledigt werden. Dem Leiter des stenographischen Bureaus sollte auch ein entsprechender Titel verliehen werden. Dem gesamten stenographischen Bureau gebührt Dank für seine Leistungen. Der Redner weist auf verschiedene Wünsche beim Stenographenbureau hin.

Abg. Kopf (Zentr.) ist mit den Ausführungen über die Verhältnisse im Landtag einverstanden. Wichtig ist, daß Arbeitszimmer fehlen. Wenn gebaut wird, sollte auch für einen Erfrischungsraum gesorgt werden. Auch für die Presse sollte besser gesorgt werden. Der Redner äußert verschiedene Wünsche für die Stenographen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Nebmann (Nat.) bemerkt

Abg. Hummel (Fortfchr.): Wenn von anderer Seite Wünsche vorgebracht werden, so möchte ich den Wunsch äußern, am Hause auch Gelegenheit für Bäder zu schaffen.

Präsident Rohrbuch: Die Vaufrage können wir im Ausschuß der Vertrauensmänner besprechen, damit wir dann der Regierung ein fertiges Projekt vorlegen können, das in der parlamentarischen Zeit erledigt werden könnte.

Der Titel Staatsministerium wird angenommen.

Abg. Wittenmann (Zentr.) stellt fest, daß Abg. Schöpffe zugibt, derjenige gewesen zu sein, der Bemerkungen in die Wahllisten machte.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Ministerium des Großh. Hauses, des Justiz, des Auswärtigen, Gefandtschaften. Schluß der Sitzung: 7 Uhr.

Erste Kammer.

In der Ersten Kammer ist der namens der Budgetkommission von Oberbürgermeister Habermehl erstattete Bericht über des Spezialbudget des Ministeriums des Innern für die Jahre 1914 und 1915 erschienen. Der Berichterstatter beantragt, die Titel Ministerium, Landeskommissäre, Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungshof, Generallandesarchiv, Eidwesen, Polizeiverwaltung und Sicherheitspolizei nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu genehmigen.

Badische Politik.

Preßstimmen zum Wahlausfall in Offenburg.

Sehr viel Spaß macht es, den „Bad. Beobachter“ zu lesen. Seine Ausführungen sind ein Musterbeispiel, wie man eine Niederlage zu einem Sieg umdichten kann. Hier eine Sätze:

„Das Zentrum hat bei dieser Nachwahl nicht gesiegt, sondern ist im Kampfe gegen die drei Parteien, welche allein der Hah gegen das Zentrum zusammengeführt hat, ehrenvoll unterlegen.“ ... Wir sagen, das Zentrum ist ehrenvoll unterlegen. Es hat die Zahl seiner Stimmen vom Oktober 1913 beibehalten und sie noch um acht vermehrt. Wo der politische Gesichtspunkt so ausschließlich in den Vordergrund gedrängt wird, wie bei dieser Wahl, dürfen wir im allgemeinen annehmen, daß es sich bei den Stimmen, die auf den Zentrumskandidaten fielen, um Zentrumsanhänger handelte. So wie die Verhältnisse lagen, war es nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum seine Stimmengzahl vom Oktober 1913 nicht mehr erreichte. Die Wähler sind aber festgeblieben; der Zentrumskandidat bekam acht Stimmen mehr. An der Tatsache, daß das Zentrum in Offenburg im Aufstieg begriffen ist, ändert der Ausgang der Wahl nichts.“ ... Das Resultat kann also das Zentrum keineswegs entmutigen. Wo die Koalition der Groß-Lothparteien hat es ermöglicht, daß Rufer siegte und auch das nur bei äußerster Anstrengung.“ ... Zweifellos haben am Samstag viele für Rufer gestimmt, welche keine Freunde des Großblocks sind und die einen allgemeinen Großblock, den die linksliberalen Blätter bereits als das einzig richtige empfahlen, nie mitmachen würden.“

An anderer Stelle heißt es:

„Die Freunde der Fortschrittler ist ja begreiflich, aber besonders stolz brauchen sie nicht darauf zu sein; denn allein aus eigener Kraft ist er nicht erforscht. Der Fortschritt geht auch hier wieder auf Kräfte anderer Parteien und wenn diese nicht reiflos dem Kandidaten Rufer ihre Stimmen gegeben hätten, so hätte es nicht gereicht. Die Partei des Siegers, der Fortschritt, hätte allein ohne die anderen nur eine lornische Figur gespielt. Anders steht das Zentrum da: Den Sieg hat es nicht erringen können; aber daß es geschlagen sei, wird wohl sein grimmigster Gegner nicht behaupten können.“ ... Vielleicht täten die Herren von der Linken auch gut, die Persönlichkeit des Siegers nicht gar zu sehr herauszuföhren. Bleibt er doch, dessen Sieg die „Frankfurter Zeitung“ als „Erfolg freien Bürgergeistes“ feiert, mit dem Mafel behaftet, daß der Grund zu diesem Siege gelegt wurde durch einen brutalen Gewaltstreich des Großblocks in der Kammer.“

Dabei hat aber gerade diese Nachwahl gezeigt, daß der Sieg des Zentrums am 21. Oktober ein Zufallssieg, infolge Ueberumpelung der Gegner war und eben das Zentrum den rechtmäßigen Anspruch auf dieses Mandat nicht hat. Das Lamento über den „Gewaltstreich des Großblocks“ nimmt sich unter Berücksichtigung dieser Tatsachen recht sonderbar aus und zeigt die Rechtsbegriffe des Zentrums bei bengalischer Beleuchtung. Aus purer Mandatsgier wäre es ganz damit einverstanden gewesen, wenn Saufer sein ihm nicht zurecht zusehendes Mandat weiter ausüben würde

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zum erstenmal: „Der verlorene Sohn.“ Ein Legendenspiel in 3 Aufzügen von Wilh. Schmidhonn. Am Samstag abend kam Wilhelm Schmidhonn, hier schon bekannt durch seinen „Graf von Gleichen“, mit seinem jüngsten Bühnenwerk zu Wort. Es war dies eine in drei Aufzügen gezeichnete Dramatisierung des biblischen Gleichnisses vom „Verlorenen Sohn“. Für ein solches Dichterwerk, dem Gedankentiefe, geistige Analyse und problematischer Grundidee fehlt, läßt sich natürlich schwer eine angepaßte Gattungsvormung finden und so jagt es Schmidhonn vor, für diese drei eigenentfindungsformen stofflichen Bibelausschnitte die nichts- oder alles-sagende Benennung „Legendenspiel“ zu wählen. Eine Inhaltsangabe vom „Verlorenen Sohn“ zu geben halten wir für überflüssig, um so mehr, da er sich im großen ganzen mit dem biblischen Gleichnis deckt und leicht in Lukas 15 nachgelesen werden kann. Schmidhonn hat weiter nichts getan, als die handelnden Personen in dramatisierter Form reden zu lassen und den Aufnahmehal des verlorenen Sohnes in der Fremde durch ein abgeschlossenes Bild für sich zu illustrieren. Ein dichterischer Wert oder eine Bühnendramatische Bedeutung fehlen dem Werk also gänzlich und an dem biblischen Hintergrund des Stoffes können wir allein keinen Geschmack finden. Im Gegenteil — wir würden es im Interesse des deutschen Theaters mit Bedauern wahrnehmen, wenn solche oberflächliche Dramatisierung einzelner Bibelausschnitte zum Zeitgeschmack des Publikums und zum Schaffensantrieb für die Dichter werden sollte.



Leblich wie der „Beobachter“ schwadroniert die „Offenburger Zeitung“. Nach ihr ist das arme Zentrum lediglich der „Großblock“ unterlegen und dadurch, man höre und staune, daß der Großblock im Ganauerland — „die religiösen Instinkte aufgeweckt“ hat. Aber der eigentliche „Sieger“ sei trotzdem das Zentrum gewesen, denn in der Union, wo die Zentrümmer zusammenkamen, hat Herr Rechtsanwalt Friedmann eine Rede gehalten, in der er u. a. ausführte:

Wir lassen uns nicht entmutigen (Sturm. Beifall), denn wir sind gewachsen — man bedenke, daß bei der Reichstagswahl 1898 das Zentrum in Offenburg 300 Stimmen erhielt, und vergleihe dies mit dem heutigen Stand! Unsere nächste Aufgabe ist es, das Denken in die Wähler hinein zutragen und sie zu stärken, damit sie sich nicht mehr verheeren lassen! Der Redner schloß: „Moralisch haben wir gesiegt, die politische Unmoral aber hat unsern Gegnern zum Siege verholfen!“

„Daß i net lach!“ sagt der Münchener. Nur zu, erzieht eure Leute einmal zum Denken, dann wird die Zentrumsdemagogie bald auf dem letzten Loch pfeifen.

Die nationalliberale „Bad. Landeszeitung“ schreibt:

Die drei dem Zentrum gegenüberstehenden Parteien haben in der kurzen Zeit, die zur Agitation zur Verfügung stand, ihre volle Schuldigkeit getan und es an Aufklärung der Wähler nicht fehlen lassen. Dafür gebührt allen aufrichtiger Dank. Wie die Stichwahlen nach den letzten Hauptwahlen, so bringt auch diese Nachwahl einen erfreulichen Dämpfer auf den Siegesjubel, den die Zentrumsdemagogie nach dem bescheidenen Sieg von Offenburg-Kehl anzustimmen für gut befand. Auch die Zentrumsdemagogie wachsend nicht in den Himmel. Die fortschrittliche Volkspartei aber darf sich ihres Sieges freuen. Mit Mühe zieht ein erprobter und bewährter Politiker wieder in den Landtag ein, dessen parlamentarische Arbeitskraft einen wertvollen Gewinn für die Fraktion wie für den ganzen Landtag bedeutet.

Die „Neue Bad. Landeszeitung“ sagt: „Eine ganz bedenkenlose Agitation des Zentrums konnte im vorigen Herbst der Sieg im ersten Wahlgang glücken. Dorn hat es nun diesmal freilich auch nicht gegeben. Aber sie blieb erfolglos. Dies Ergebnis bucht wir ohne Vorbehalt auf das Konto der Geschlossenheit der Linken. Die Nationalliberalen sind dem Abkommen gemäß für Musser eingetreten. Aber auch die Sozialdemokraten haben auf eine aussichtslose Kandidatur im ersten Wahlgang verzichtet und sind sofort für Musser an die Urne gegangen. Großblock im ersten Wahlgang! Der Nutzen springt in die Augen. Die Volkspartei hat diese Taktik schon für die Gesamtwahlen in allen Stadien der Wahlbewegung empfohlen. Sie wurde nicht befolgt und führte zu dem traurigen Ergebnis vom 21. Oktober. Wir schreiben schon damals, die Ablehnung dieser Taktik trage zum größten Teil die Schuld daran; die Stichwahlen haben dieser Anschauung recht. Und nun ist hier die unabweisliche Probe aufs Exempel. Ein Fingerzeig für die Zukunft. Indessen: lassen wir Vergangenes vergangen sein, freuen wir uns des gegenwärtigen Erfolges. Wie hatte das Zentrum gerade über Musser Niederlage geklagt und wie waren seine Hoffnungen geschwollen, als vor kurzem Müßig das Reichstagsmandat in Offenburg verlor. Nun ist es anders gekommen.“

Die „Straßb. Post“ schreibt in einem längeren Artikel:

Für den Uebermut des Zentrums bildet die Offenburger Niederlage einen heilsamen Dämpfer. Unmittelbar nach der Wahl im Oktober konnten die Herren sich gar nicht genug tun in ruhmvoller Verherrlichung ihres „glänzenden Sieges“, und mit breiter Behaglichkeit wurde in den Wandbelagungen des Ständehauses die Aussicht auf weitere Erfolge bei der nächsten Wahl ausgemalt. Man zählte an den Fingern schon die Wahlkreise auf, die das nächstemal mit Sicherheit gestiftet würden. Heute dürften dem einen oder anderen der allzu zuversichtlichen Herren noch einige Gedanken aufsteigen, ob der nächste Wahlsieg ganz so ruhmreich verlaufen wird, wie man geredet hat. Vielleicht macht sich auch infolgedessen beim einen oder anderen Zentrumsabgeordneten ein Wackeln in der Stellung zum Proporz bemerkbar. Denn wenn das Zentrum einmal die Ueberzeugung gewinnt, daß es beim jetzigen Wahlrecht mit allen Schlägen und Kniffen seiner Taktik nicht zum Ziele kommt, so wird es sofort bereit sein, seine ablehnende Haltung gegenüber der Verhältniswahl aufzugeben.

Sehr treffend charakterisiert unser Schwesterorgan, die Freiburger „Volkswacht“ die Sachlage. Sie schreibt:

Es zeigt sich wieder, daß auf unsere Partei bei allen Wahlen glänzender Verlaß ist. Hätten sich die Fortschrittler in Jerichow mit der gleichen Verbundenheit geschlagen, dann wäre dort nicht ein Vertreter der Reaktion an Stelle unseres Genossen Haupt in den Reichstag eingezogen. . . . Und darauf muß noch besonders verwiesen werden: Die Niederlage vom Samstag wird dieser Partei allerseits gegönnt. Wäre Musser am Samstag wiederum gewählt worden, dann hätte man heute in allen Zentrumsredaktionen vor lauter Siegestrampeln die schönsten Purzelbäume geschlagen. Die Wahl wäre als eine richtige Fortsetzung der „glorreichen Wadertaktik“ von 1913 gefeiert worden. Und alle Welt hätte es zu hören bekommen, daß das badische Volk den politischen Radikalismus satt habe und dem Großblock den Laufpaß gebe. Nun aber gerade ein erregter Anhänger des Großblocks am Samstag gewählt worden ist, wird man die politische Waage auf einen andern Ton stimmen müssen.

Die Mannheimer „Volkstimme“ schreibt:

Gegenüber dem Debacle des Zentrums tritt der Erfolg der Linken um so stärker hervor. Die Tatsache, daß die Linke ihre Stimmen seit der ersten Wahl insgesamt von 1298 auf nunmehr 1423 Stimmen steigern konnte, ist außerordentlich wertvoll. Sie beweist in erster Linie die Geschlossenheit der Linken bei dieser Wahl. Die gesamte Linke hat Mann für Mann für Musser gestimmt. Es stellt diese eiserne Disziplin unsern Offenburger Genossen das beste Zeugnis für ihre politische Reife und für ihre einsichtige Beurteilung der politischen Situation in Baden aus. Es dürfte dies jedoch auch den bürgerlichen Liberalismus veranlassen, in gleichem Maße dieses politische Verständnis zu bekräftigen.

Was dem Sieg in Offenburg jedoch über die Stunde hinaus keine Bedeutung verleiht, ist der hierdurch gelieferte Beweis, daß ein entschlossenes Vorgehen der Linken den Zentrumssturm doch zu Fall bringen kann. Die Niederlage des Zentrums bedeutet für die Parteien der Linken eine Hoffnung auf den endgültigen Sieg, den das Zentrum bei den letzten Hauptwahlen nur noch unter Anwendung der verzweifeltsten Mittel aufzuhalten vermochte. Mögen die Linksparteien diese Zeichen verstehen und mögen sie durch Einleitung größerer Aktionen das Vertrauen der Massen weiter stärken helfen, damit der nächste Landtag sicher bringt, was die Demagogie des Zentrums diesmal noch verhindern konnte, eine entschlo-

sene Zweidrittel-Mehrheit der Linken zur Durchführung des Proportionalwahlrechtes.

**Zur Landtagswahl in Offenburg.**

wird uns aus Offenburg noch geschrieben: Das charakteristische Zeichen der Wahl ist die ganz minimale Erhöhung der Zentrumsstimmen von 1336 auf 1341 gegenüber dem Zuwachs der liberal-sozialdemokratischen Wählerchaft von 1298 auf 1423, woran die Domäne des Zentrumsagitors im geistlichen Gewande, der vierte Wahlbezirk, den größten Anteil hat. Dort, in der Pfarrei, gingen die Zentrumsstimmen von 377 auf 364 zurück, die gegnerischen stiegen von 338 auf 383. Ebenso nahm das Zentrum im 1. Bezirk ab. Beides sind die Stadtteile mit zahlreicher Wählerchaft aus dem Eisenbahnbetrieb. Das berechtigt zu dem erfreulichen Schluß, daß die an Verheerung beispiellos dahinführende Agitation der Zentrumspartei keinen weiteren Schaden anrichten vermochte. Es wird mitgeteilt, daß der Kandidat des Zentrums, der Eisenbahnbetriebsinspektor Hausler, in die Büroräume des Bahnhofs usw. sich begab, um Wahl-agitation zu treiben. Herr Hausler wird im eigenen Interesse gut tun, der verbreiteten Nachricht entgegenzutreten, daß er auch die Weichenstellereien aufgesucht habe.

Es ist das bisherige Maß der agitatorischen Demagogie doch noch übertrieben worden. Am Morgen des Wahltages erhielt die hiesigen jüdischen Geschäftsleute ein Flugblatt, in welchem sie zur Wahlenthaltung aufgefordert wurden, wenn sie nicht riskieren wollten, daß katholische Frauen in Zukunft ihre Geschäfte nicht mehr betreten. Diese Drohung mit dem Boykott paßte noch gerade zu der Revolberchieerei auf den Vikar, zu dem Angriff auf Musser in der Koffkalle usw.

Von anderer Seite gehen uns ähnliche Mitteilungen zu, die gleichfalls von der demagogischen mit Boykottandrohungen arbeitenden Agitationsweise des Zentrums recht bemerkenswerte Beweise bringen. Diese Zuschrift bestätigt, daß eine Reihe von Geschäftsleuten, die im Verdacht standen, liberal zu wählen, anonyme Schreiben zugeandt erhielt, in denen ihnen energisch mit dem Geschäftsboykott gedroht wurde, falls sie sich nicht der Wahl enthielten. Unserm Gewährsmann zeigte eine Milchhändlerin eine Zuschrift, worin ihr der Entzug der ferneren Milchlieferung angedroht wurde, weil ihr aus dem protestantischen Ganauerland entkommender Mann gewählt habe.

Agrofer und unmoralischer kann wahrlich ein Wahlkampf nicht mehr betrieben werden, als wie es darnach in Offenburg seitens des Zentrums geschehen ist. Dieses terroristische, mit Einschüchterung arbeitende Treiben des Zentrums ist ein neuer Beleg für die Wahrheit des Ministerwortes, daß das Zentrum eine Gefahr für die Freiheit ist.

Uns Offenburg schreibt man uns: Der Sieg der Linksparteien hat bei allen freisinnigen Gesinnten einen begeisterten Jubel hervorgerufen. Als bald wurde der wiedergewählte Abgeordnete Musser nach der Koffkalle abgeholt, wo noch eine kleine improvisierte Feier stattfand. Die eigentliche Siegesfeier soll später folgen. Das Einzelresultat der 5 Stadtbezirke ist folgendes:

	Am 21. Oktober 1913				28. Februar	
	Sonier (Zentrum)	Müser (Wohlf.)	Mösch (Sozial)	Wahlberechtigte	Müser (Wohlf.)	Sonier (Zentrum)
1. Bezirk . . . . .	285	137	82	576	261	280
2. „ . . . . .	241	208	78	572	294	238
3. „ . . . . .	241	119	131	551	258	260
4. „ . . . . .	377	242	96	789	288	364
5. „ . . . . .	190	142	67	460	227	200
	1334	848	449	2938	1423	1341

Heidelberg, 1. März. Gleichzeitig mit der Eröffnung des neuen Rangierbahnhofs Heidelberg in der Nacht vom 1. zum 2. März werden auch neue Güterzuglinien in Betrieb genommen, die einerseits Mannheim-Rangierbahnhof mit Heidelberg-Rangierbahnhof und andererseits Kirchheim bei Heidelberg mit Heidelberg-Rangierbahnhof möglichst direkt verbinden. Die erste Linie geht von Mannheim-Rangierbahnhof über Friedrichsfeld, Heidelberg-Rangierbahnhof, Königstuhl zum nach Heidelberg-Kirchheim. Die zweite Linie (Heidelberg-Rangierbahnhof-Kirchheim) wird zweigleisig betrieben.

Die starke Ueberfüllung im Rechtsanwaltsberuf in Baden beweist die Tatsache, daß sich die Zahl der bei badischen Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte von 214 im Jahre 1900 auf 482 zu Anfang des Jahres 1914 oder in den letzten 14 Jahren um 125 Prozent vermehrt hat.

**Aus der Partei.**

Hofa Luxemburg wird im Laufe dieser Woche in einigen Städten Badens (u. a. Freiburg, Pforzheim, Karlsruhe) Vorträge halten. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Beilegung des Parteizwists in der italienischen Schweiz. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Tessin war im letzten Jahre nach erbitterten Parteitag aus einandergefallen. Das heißt, die einzelnen lokalen Vereine blieben als solche Glieder der gesamtsozialdemokratischen Partei, aber die kantonale Partei, die zur lokalen Politik Stellung nehmen konnte, war zerfallen. Inzwischen kam das große Panama der beiden bürgerlichen Parteien des Kantons; die maßgebendsten politischen Autoritäten derselben wanderten wegen betrügerischen Bankrotts ins Gefängnis. Zwei Drittel der Bevölkerung haben fast alle ihre Ersparnisse verloren. Die Geschädigten sind meist arme Kleinbauern, die im Sommer in Zürich, Basel und Bern als Maurer arbeiten und ihre Ersparnisse heimwärts bringen. Die Betrüger waren „hochangesehen“ liberale und liberale Politiker, heute ist in der Volkstimmung bürgerlicher Politiker und Gauner gleichbedeutend. Durch den Zusammenbruch sind 2 nationale Mandate frei geworden. Da sich die Möglichkeit einer erheblichen Stärkung der Fraktion der Sozialdemokratie im gesamtsozialdemokratischen Parlament bietet, griff die Züricher Parteileitung in den Streit der Tessiner Genossen ein und sie hatte Erfolg: vor dem gemeinsamen Feind einigte man sich. Der Führer der Luzerner Richtung wird im Wahlkreis Locarnese aufgestellt und aus der anderen Richtung unterstützt, es ist dies Dr. Mario Verri. Der Führer der Bellinzoner

Richtung, Genosse Zugführer Lamo, wird im Wahlkreis Cottoceneri aufgestellt und ebenfalls von beiden Richtungen gewählt werden. Die kantonale Parteileitung kommt in Locarno, acht Tage vor der ersten Erziehung, gut funktioniert, wird auf der ganzen Länge sicher den Sieg erringen. Die Stimmung ist im ganzen Lande derart gegen die beiden bürgerlichen Parteien, daß bei der letzten Sonntag stattgefundenen Wahl in den Ständen (Erste Kammer), an der unsere Partei sich nicht beteiligte, beide bürgerlichen Parteien zusammen nur den achten Teil der Stimmberechtigten an die Urne brachten.

**Kommunalpolitik.**

**Gemeindevertreterkonferenz des Bruchtaler Bezirks.**

Sonntag, 1. März, fand in Ulmstadt eine Bezirkskonferenz der Vertrauensleute, Vorstände und der Gemeindevertreter der sozialdemokratischen Partei statt. Die Konferenz war aus den einzelnen Orten sehr gut besucht. Vertreten waren Bruchsal mit 6 Bürgerausschüssen und 3 Vorstandsmitgliedern, Forst mit 3 B.M. und 2 Vorstandsmitgliedern, Unterzornbach 3 Ausschussmitglieder, 2 Gemeinderäte und 2 Vorstandsmitglieder, Heidelberg 4 B.M. und 2 G.M., Odenheim mit 2 B.M. und 2 G.M., Unteröwisheim 4 Ausschussmitglieder und 1 G.M., daneben waren auch sonst aus den einzelnen Orten noch zahlreiche Genossen anwesend, so daß rund 60 Genossen an der Konferenz teilnahmen. Einige Orte fehlten.

Stadtverordneter Gen. A. Bele-Strubbe eröffnete und leitete die Konferenz. Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte: 1. Allgemeine kommunalpolitische Fragen, 2. Organisations- und Agitationsfragen und 3. Berichtswesen. — Genosse Steger von Ulmstadt richtete herzliche Willkommensworte an die Teilnehmer. Ueber Punkt 1 referierte Gen. A. Bele. Er führte aus, daß es durch das neue Wahlgesetz ermöglicht wurde, daß in manchen Gemeinden, wo es bisher unmöglich war, auch Sozialdemokraten in Bürgerausschüssen und Gemeinderäten ihren Einzug gehalten haben. Manches wurde durch den Einfluß derselben schon erzielt und vieles wird noch zu erzielen sein, wenn unsere Genossen unentwegt für die Forderungen der Sozialdemokratie eintreten. Neben beschäftigte sich eingehend mit der Wohnungsfrage, die auf dem Lande noch sehr im Auge liege. Besonders für Arbeiter falle es schwer, eine auch nur den bescheidensten Anforderungen entsprechende Wohnung zu erhalten. Weiter kam Redner auf die Schulfrage zu sprechen, auch hier bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig. So seien die Schulräume nicht immer den hygienischen Anforderungen entsprechend, die Schulgebäude und die Lehrmittelfreiheit sei stets und ständig zu fordern. Abgelenktheiten seien auf dem Lande fast nirgends zu finden, trotzdem es oft mit geringen Mitteln ermöglicht werden könnte. Die öffentliche Beleuchtung könne man in vielen Gemeinden nicht; durch die Inbetriebnahme des Nachtstraßenwerkes werde aber vielleicht diesem Uebelstand abgeholfen. Auch die Straßenunterhaltung auf dem Lande, insbesondere im Ortsinnern, ist ein dankbares Arbeitsfeld für unsere Genossen, sie müssen darauf hinwirken, daß auch die Seitenstraßen in einen besseren Zustand kämen. Zum Schluß gab Genosse Bele in Bezug auf die Almendfrage noch einige sehr interessante Fingerzeige. Dem sehr beifällig aufgenommenen Referat folgte eine rege Aussprache. Gemeinderat Schwabe-Heidelberg griff zunächst die Beleuchtungsfrage auf und machte verschiedene Mitteilungen. Die Gemeinde Heidelberg hätte früher 880 M. für Petroleum und Beheizung ausgegeben, heute mache die Beleuchtung auf 1000 M. sie ist jetzt elektrisch. Redner verbreitete sich des längeren über die Almendfrage, die eine sehr wichtige wäre. Gemeinderat Jäger-Unterzornbach führte aus, daß in Unterzornbach ein Bürger 42 Jahre alt werde, bis er 60, und 60 Jahre, bis er in den Genuß eines Grundstückes käme. Die Altersjahre in Unteröwisheim nahm ebenfalls zu diesen Tagen Stellung. In der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen Oberst-Unteröwisheim, Jäger-Unterzornbach, Böser-Forst, Girolla-Bruchsal, Gsell-Ulmstadt.

Sehr auffallend und auch bezeichnend für unsere gegenwärtigen Zustände war, daß fast sämtliche Dispositionen genügt waren, sich über die Annahmen der Herren Geisler auszulassen. Allgemein wurde geflagt, wie diese Herren oft die Oberherrschaft in den Gemeinden ausüben und die Herren Bürgermeister meist nur die Sandlanger dieser Herren seien. Nur zu oft müßten Kulturaufgaben notleidend nur damit die Wünsche dieser Herren erfüllt werden könnten. Man betrachte sich z. B. einmal die Schul- und Armenämter dieser Herren. Nur durch feste und unablässige Agitation könne hier ein Niegel vorgeschoben werden. Gen. A. Bele ging im Schlußwort auf die verschiedenen angeschnittenen Fragen ein, er munterte die Genossen auf, stets und ständig unseren Standpunkt zu verfestigen. Der 2. Punkt ward rasch erledigt, es wurde insbesondere auf die am nächsten Sonntag beginnende rote Woche hingewiesen; ein jeder möge seine Pflicht und Schuldigkeit tun, damit neue Anhänger für unsere Sache und neue Abonnenten für den „Volkstempel“ gewonnen werden. Als letzter Punkt „Berichtswesen“ wurde auf die Malfeiere aufmerksam gemacht, es soll eine Bezirksfeier stattfinden, die in Ulmstadt abgehalten werden soll. Damit hatte die Konferenz ihr Ende erreicht. Öffentlich folgt ihr recht bald eine weitere.

Oberbürgermeisterwahl in Konstanz. Bei der gestrigen Oberbürgermeisterwahl unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Belzer haben von 111 Bürgerauschussmitgliedern 109 abgestimmt. Auf Bürgermeister Dietrich-Kehl entfielen 68 Stimmen, auf Rechtsrat Dietrich-Konstanz 40 Stimmen und auf Oberamtmann Zimhoff-Karlsruhe 1 Stimme. Dietrich-Kehl ist somit gewählt.

**Soziale Rundschau.**

**Die Bekämpfung des Geburtenrückgangs.**

In der Gesellschaft für Vorkriegssozialpolitik in München ergriff der bekannte Unberufspräsident Dr. v. Gruber das Wort, um sich vor dem brennenden Frage des Geburtenrückgangs zu äußern. Er empfahl die Bekämpfung des Alkoholismus und der Trunksucht, den Schutz der erwerbsfähigen Frau und die Schaffung wirtschaftlicher Bedingungen für eine rationelle Aufzucht einer genügenden Kinderzahl. Die Frage, wie die Kinderproduktion organisiert werden soll, ob in monogamer Ehe oder nach dem Vorschlage der Sexualreformer in freier Ehe, beantwortete der Vortragende damit, daß allein die monogame Dauerehe inslande ist, eine genügende Fortpflanzung zu sichern. In allen Ländern mit sogenannter freier Ehe, im alten Rom und heute in Neuseeland und Australien, greift die Sterblichkeit zu. Wir müssen alles tun, um die Familien zu stärken. Dazu gehört vor allem die Schaffung von entsprechenden Familienheimstätten und die Förderung der Vorkriegssozialpolitik. Aber noch weit mehr muß geschehen. Die Allgemeinheit muß unbedingt einen erheblichen Teil der Aufzuchtskosten für die wirtschaftlich Schwächeren übernehmen und zwar in Form von Erziehungsbeträgen für Familien mit 3 Kindern. Alteskind-







# Rosa Luxemburg spricht am nächsten Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der „Festhalle“ in Karlsruhe.

**Mißhandlung eines Dienstmädchens.**  
 Breslau, 28. Febr. Wegen fortgesetzter brutaler Mißhandlung ihres Dienstmädchens verurteilte die hiesige Strafkammer die Apothekerfrau Hedwig Thiel, die schon wegen Mißhandlung eines anderen Dienstmädchens zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war, zu drei Monaten Gefängnis und 250 Mk. Geldstrafe. Nach der Schilderung des Hospitalarztes war das Mädchen in einem wahrhaft bedauernswerten Zustande ins Krankenhaus gekommen.

**Ausgeborene Sträflinge.**  
 Windau, 1. März. Um 9 Uhr morgens erschlugen 4 Zwangssträflinge des Gefängnisses dessen Aufseher, verwundeten einen zweiten schwer, entrißen ihm Gewehr und Revolver und entflohen längs der Meeresküste.

**Ein Vendetatort in der Kirche.**  
 Rom, 28. Febr. In der Kirche von Poenza hat sich ein furchtbarer Vendetatort abgespielt, indem eine verlassene junge Bäuerin die Mutter ihres nach Amerika ausgewanderten Verführers während der Messe durch vier Revolvergeschosse tötete.

**Vom Sune erfaßt.**  
 Lille, 1. März. Ein schwerer Unfall hat sich auf der Eisenbahnlinie zwischen Lille und St. Nemy zugetragen. Eine Gruppe Arbeiter, die auf den Schienen arbeiteten, wurde von einem Zuge im Nebel überrollt. Drei von ihnen wurden von der Lokomotive erfaßt und sofort getötet. Mehrere andere wurden verletzt.

**Opfer der Wissenschaft.**  
 Galtutta, 28. Febr. Der australische Gelehrte Dr. Fox, der kürzlich vor Vertretern der Wissenschaft sein Antitoxin gegen Schlangengift vorgeführt hatte, ist heute nach einer praktischen Vorführung seines Mittels im Zoo gestorben. Er war von einer Giftschlange an fünf Stellen am Sandgelenk gebissen worden; Fox, der sich gestern von der Giftschlange hatte beißen lassen, um die Wirkung seines Antitoxins vorzuführen, machte an vier Bißstellen Einschnitte, übersah aber die fünfte. Am späten Nachmittag zeigten sich Vergiftungserscheinungen. Als man die fünfte Bißstelle entdeckte, war es bereits zu spät, da das Antitoxin nur wirkt, wenn es unmittelbar nach dem Biß angewendet wird.

## Aus dem Lande.

**Durlach.**  
 — Der dieswöchentliche Frauenleseabend findet morgen Mittwoch abend im „Säwänen“ (Nebenzimmer) statt, worauf wir noch besonders hinweisen möchten.

— Sozialdemokratischer Verein. Die Mitgliederversammlung am letzten Samstag abend war nicht gerade gut besucht. Gen. Weber sprach über die dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamts pro 1913 beigegebene Arbeit des Obergerichtspräsidenten Dr. Ing. Rihmann: Einkommens- und Wohnverhältnisse der Arbeiter der Maschinenfabrik Grigner A.-G. in Durlach. Es wird demnach diese Arbeit in einem besonderen Aufsatze eingehend gemündigt werden, so daß sich jetzt ein Eingehen auf den Vortrag erübrigt. Die Ausführungen des Gen. Weber wurden mit Interesse entgegengenommen und riefen eine lebhaftere Diskussion hervor, die sich insbesondere um die Wohnungsfrage drehte. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Böhner, Wenzel, Gauß, Glas und Flober, sowie die Genossin Knecht. — Aus Anlaß des Frauentages findet nach der Mitteilung des 3. Uhr im „Lamm“ eine öffentliche Frauenversammlung statt mit Genossin Pauline Ludwig aus Reichenbach i. S. als Referentin. Ferner findet am kommenden Sonntag eine allgemeine Flugblattverbreitung statt. — Nach Mitteilung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung gegen halb 12 Uhr geschlossen, nachdem die Versammlung nach mit Genugtuung das Resultat der Offenburger Landtagswahl entgegengenommen hatte.

— Einen Lichtbildvortrag veranstaltet der Feuerbestattungsverein am kommenden Freitag abend im Saale der „Krone“ bei freiem Eintritt. Herr Dr. Weigt-Dannover, ein hervorragender Rhetoriker und Kenner der Materie, wird über Feuerbestattung und ihr Verhältnis zur Religion, Ästhetik und Rechtspflege sprechen. Dem Vortrag wäre ein guter Besuch auch aus Arbeiterkreisen zu wünschen, wo doch zweifellos der Gehalt der Feuerbestattung große Sympathie genießt. Während des Vortrags findet keine Restauration statt. (Siehe Inserat!)

**Rastatt.**  
 Parteiversammlung. Am Mittwoch, 4. März, findet im Parteilokal zum „Kappen“ eine außerordentliche Parteiversammlung statt, zu welcher die Parteigenossen und Genossinnen freundlich eingeladen sind. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller weiblichen und männlichen Mitglieder in dieser Versammlung unbedingt zu erscheinen.

**Offenburg.**  
 — 3. Band von Bebel „Aus meinem Leben“. Der Parteigenossen sowie den Lesern des „Volksfreund“ zur gefälligen Nachricht, daß bei der Filialedition des „Volksfreund“, Goltzstraße Nr. 8, soeben das Werk Bebel's „Aus meinem Leben“, 3. Teil, erschienen ist, auch können dort Bestellungen auf den „Volksfreund“ gemacht werden.

— Die Kalkstation Ohsbach wird, wie wir bestimmt in Erfahrung brachten, im Laufe des Sommers an dem Platze errichtet, wo es die Gemeinde Ohsbach in ihrer Eingabe an den Landtag wünschte. Damit wird nach Währigem stetem Drängen, endlich ein Bedürfnis erfüllt. Für Offenburg bringt die Kalkstation den Vorteil, daß man von derselben aus in wenigen Minuten den Wellenwald erreichen kann, vorausgesetzt, daß bis zur Erstellung eines Steges ein kleines Boot als Fähre über die Kingz zur Verfügung steht. Der Wellenwald bietet anliegende Waldpartien. Das Forstamt und die Gemeinden müssen aber darauf bedacht sein, daß gute Fußwege, Sitzbänke und hübsche Aussichtspunkte geschaffen werden.

— Die Aufnahme des Muserschen Sieges. In der Kapfalle, in der die Liberalen das Ergebnis der Wahl abwarteten, wurde der Sieg Musers, lt. Manß, „Volksst.“, von den Versammelten, die den ganzen Saal füllten, mit großem Jubel aufgenommen. Abg. Muser hielt eine Ansprache, in der er die Bedeutung der Wahl feierte und allen beteiligten Parteien dankte.

Auch der Unionaal, in dem sich die Zentrumsanhänger versammelt hatten, war überfüllt; zahlreiche Frauen und sogar kleine Kinder waren erschienen, um den als ziemlich sicher erwarteten Sieg des Zentrums kandidaten würdig zu feiern. Zu diesem Zwecke waren auch Muskatanten da. Sie waren aber vergebens gekommen: es gab nichts zu feiern, außer dem Sieg... eines Großblodabaordinaten.

\* Mannheim, 1. März. Der 34 Jahre alte Gipsler August Walter machte sich in einer Wirtshaft in der Schwelingerstadt lästig, weshalb er wiederholt hinausgewiesen wurde. Es kam hierbei zu Tätlichkeiten, wobei Walter von einem Möbelpader durch vier Messerstiche in den Rücken und einen Stich in die linke Hand lebensgefährlich verletzt wurde.

\* Freiburg, 1. März. Nachdem vor einigen Tagen hier falsche Fünfmarkstücke in den Verkehr gebracht worden sind, ist es gestern gelungen, einen Italiener, der auf dem Wochenmarkt ein falsches Fünfmarkstück an den Mann bringen wollte, festzunehmen. Man fand bei dem Verhafteten verschiedene falsche Geldstücke. Vielleicht führt diese Verhaftung auf die Spur der Falschmünger.

\* Freiburg, 20. Febr. In seiner Wohnung hat sich ein Studierender der Medizin aus Berlin erschossen. Das Motiv zu der Tat ist unbekannt; der Student hatte erst jüngst ein medizinisches Staatsexamen sehr gut bestanden.

\* Karlsruhe, 1. März. In vergangener Nacht brannte die neu aufgebaute Scheuer des Landwirts Hermann Düll vollständig nieder. Es liegt Brandstiftung vor; eine Verhaftung ist erfolgt.

\* Steinbach, 1. März. Vorgef. Nacht brach in einem Schuppen des Landwirts Diersch Feuer aus, das mit solcher Schnelligkeit sich griff, daß die angebaute Scheuer, die Stallungen, die Gabelhalle und ein Holzschuppen in kurzer Zeit in Asche lagen. Das Vieh konnte gerettet werden. Brandstiftung ist wahrscheinlich.

\* Neustadt i. Schw., 1. März. Ein frecher Ueberfall wurde auf den Privatmann Hermann Gantner hier verübt. Als er am Freitag abend nach seiner Wohnung ging, kam ein Unbekannter auf ihn zu. Gantner glaubte, der Betreffende wolle ihm etwas fragen und blieb stehen. In diesem Augenblick zog der Unbekannte einen Revolver und drückte ab. Dem ersten Schuß folgte sofort ein zweiter. Der Angegriffene hatte die Geistesgegenwart, dem Unbekannten mit seinem Stod auf den Kopf zu schlagen. Es fiel noch ein dritter Schuß. Von den drei aus unmittelbarer Nähe abgegebenen Schüssen wurde Gantner nur durch einen an der rechten Brustseite nicht lebensgefährlich verletzt. Ueber die Person des Angreifers herrscht noch keine Klarheit.

## Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 3. März.  
 Zum Streik der Tiefbauarbeiter bei der Firma Dyckerhoff und Widmann in Karlsruhe.

„Eine Krähle hat der anderen die Augen nicht aus“, dieses, im Volksmund gut bekannte Sprichwort, findet bei genanntem Streik in vollem Umfange sinngemäße Anwendung. Warum? Das soll in folgendem nachgewiesen werden: Bereits am 19. November 1913 wurde die Firma Dyckerhoff u. Widmann durch die Vertretung des Bauarbeiterverbandes in Karlsruhe höflichst eruchtet, die Löhne für die Tiefbauarbeiter einer Revision zu unterziehen, weil sie weit unter den für die Mehrheit der Tiefbauarbeiter vertraglich festgelegten Stundenlöhnen standen. Die mit einem ganzen Reihe Tiefbauunternehmer vereinbarten Löhne für Erdarbeiter oder für im Tiefbau beschäftigten Schichtarbeiter betragen 50 Pfennig pro Stunde. Trotzdem schrieb damals die Firma zurück, daß der übliche Lohn nur 43 Pfennig pro Stunde betragen würde. Am 16. Februar dieses Jahres wurden dann der Firma die Forderungen und eine Vertragsentwurf zugesandt, weil sie nicht nur für die Erd- oder Schichtarbeiter, sondern auch für gelehrte Arbeiter im Tiefbau zu niedrige Löhne bezahlte, daß dieselben in keinem Einklang mit den tariflich mit anderen Firmen festgelegten Löhnen standen.

Darauf bekam der Bauarbeiterverband am 18. Februar folgende Antwort:

„Wir bekennen uns zu Ihrem Schreiben vom 16. d. M. nebst Anlage.  
 Wie Sie wissen, gehören wir als Mitglied dem Betonbau-Arbeiterverband bzw. dem Deutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe an. Nach den Statuten dieser Verbände sind wir nicht in der Lage selbständig Tarifverträge abzuschließen und haben daher Ihr Schreiben an den hiesigen Ortsverband des Deutschen Arbeiterverbandes, den Baugewerbe-Verband Karlsruhe, weitergeleitet.“

Sodachstend!  
 Dyckerhoff u. Widmann, Aktiengesellschaft  
 gez. Schwarz.

Trotzdem in Karlsruhe von einer Arbeitgeberorganisation für das Tiefbaugewerbe nichts bekannt ist und trotzdem der Baugewerbeverband Karlsruhe als Vertragskontrahent nur für das Hochbaugewerbe in Betracht kommt, hat die Leitung des Bauarbeiterverbandes sofort an die Firma zurückgeschrieben, daß es der Firma überlassen bleibt, als Vertreter den Baugewerbeverband anzurufen. Weiter wurde in dem Antwortschreiben darauf hingewiesen, daß darüber kein Zweifel bestehen könne, daß Tarifverträge nur mit einzelnen Arbeitgebern abgeschlossen werden können, solange für diesen Zweig des Baugewerbes keine Organisation der Arbeitgeber bestehe.

Darauf hat wieder die bestrickte Firma geantwortet, noch hat der Baugewerbeverband Karlsruhe Gelegenheit genommen, als angrenzender Vertreter der Firma, in die Sache einzugreifen. Deshalb legten auch die in Frage kommenden Tiefbauarbeiter die Arbeit am 23. Februar nieder. Sofort war der Baugewerbeverband Karlsruhe bei der Hand, als Schutze der Firma Dyckerhoff u. Widmann an die Arbeitgeber in Karlsruhe die Aufzeichnung der Namen aller in den Ausstand getretenen Arbeiter, mit folgendem Begleitschreiben zu versenden:

„Auf der Baustelle Pfingstpflanzal Karlsruhe unserer Mitgliedfirma Dyckerhoff u. Widmann A.-G. haben die dort beschäftigten Arbeiter die Arbeit am heutigen Tage niedergelegt.“

Wir überreichen Ihnen anliegend eine Liste der streikenden Leute und bitten Sie, in Wahrung der Solidarität unter den Arbeitgebern keine der streikenden Leute einzustellen und, falls eine Ein-

stellung bereits erfolgt ist, die betr. Leute sofort wieder zu entlassen.

Mit kolleg. Gruß!  
 Baugewerbeverband Karlsruhe E. V.  
 Der Vorstand  
 C. Trier.

Derartige Praktiken der Herren Arbeitgeber sind die Arbeiter längst gewöhnt und läßt auch dieses Schreiben mit samt der schwarzen Liste die Bauarbeiter ziemlich kühl. Nur eine Behauptung stellen wir in aller Öffentlichkeit auf:

**Der Baugewerbeverband Karlsruhe hat mit dem Verbands des Kundsfreieis Vertragsbruch verübt!**

Beweis: Der Baugewerbeverband Karlsruhe steht mit dem Bauarbeiterverband Karlsruhe in einem Vertragsverhältnis für das Hochbaugewerbe. Der Streik bei Dyckerhoff u. Widmann erstreckt sich nur auf das Tiefbaugewerbe und hat weder mit dem Hochbaugewerbe noch mit dem Baugewerbeverband Karlsruhe irgend etwas zu tun. Trotzdem fordert der Vorstand des Baugewerbes seine für das Hochbaugewerbe in Betracht kommenden Mitglieder auf solche Arbeiter, die beim Ausstand bei D. u. W. beteiligt waren, sofort wieder zu entlassen. Das ist eine glatte Aufforderung, die Leute zu maßregeln und kann dieser Schritt des Baugewerbeverbandes nur als Vertragsbruch bezeichnet werden.

Der Baugewerbeverband Karlsruhe mag diesen Vertragsbruch mit sich selbst ausmachen, jedoch folgende öffentliche Anfrage sei an dieser Stelle dem Vorstand des Baugewerbeverbandes gestellt:

„Was würden Sie sagen, wenn die Bauarbeiter nun gleiches mit gleichem vergelten würden, indem sie auf die Hochbaustellen der Firma Dyckerhoff u. Widmann still legen?“

An alle Bauarbeiter, die im Hochbau beschäftigt sind richten wir aber die Aufforderung, uns sofort Mitteilung zu machen, wenn ein bereits am Hochbau angestellter Arbeiter der am Streik beteiligt war, wieder entlassen wird. Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Karlsruhe August Philipp.

**Partei-Versammlung in Mühlburg.**

Die letzte Samstag in „Hirsch“ in Mühlburg stattgefundene Parteiversammlung war recht gut besucht. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Grünbaum über „Der neue Landtag und das Proletariat“. In einem modernen Staate, so führte Genosse Grünbaum aus, liegt der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit im Parlament. Die Vorgänge der letzten Zeit, der Fall Hohenzollern, die Vertreibung der Genossen Luxemburg usw. zeigen, daß seitens der Reaktion mit allen Mitteln auf einen Konflikt hingearbeitet wird. Gerade weil in Deutschland der revolutionäre Geist fehlt, muß bei uns der Parlamentarismus insofern im Reich wie in den Landesparlamenten erhöhte Bedeutung gewinnen. Der badische Landtag beschloß sich wie alle unsere Landesparlamente in erster Linie mit Kulturfragen und es ist deshalb unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wir eine Mehrheit zusammenbekommen, die in kulturellen Fragen wenigstens einigermassen mit uns einig geht. Deshalb wird der Großstadler zu einer zwingenden Notwendigkeit. Bei den Präsidentschaftswahlen hat das Zentrum eine seiner größten Niederlagen erlitten. Aber erst bei der in den nächsten Tagen zur Verhandlung stehenden Gesundheitsfrage wird es sich zeigen, ob nicht die Waderkattil, wenn auch auf Umwegen und nicht in dem Sinne, wie Wader meinte, einen, wenn auch nur teilweisen Erfolg aufzuweisen hat. Die Regierung lehnt den Großstadler ab, weil die Sozialdemokratie an ihr beteiligt ist, aber sie lehnt auch das einzige Mittel, ihn zu befriedigen, ab. Die Proportionalwahl. Das Zentrum ist für die Verhältniswahl nicht zu haben, weil sie ihm keinen Vorteil bringen würde. Während das Zentrum bei den Finanzdebatten sehr viel von Jesuitenfragen und Männerfragen redete, hatte es für die sozialpolitischen Wünsche der Arbeiter nicht so viel übrig. Wenn das Zentrum vor der Sozialdemokratie als einer revolutionären Partei bange zu machen sucht, so muß die Haltung des Zentrumsblattes „Fälzler Vote“, das betonte, daß, wenn die Jesuiten nicht ins Land müßten, dann müßten sie eben ohne gesellschaftliche Erlaubnis auftreten, als revolutionär bezeichnet werden. Wenn der Minister sich über den Geburtenrückgang beklagt, so sei ihm ans Herz gelegt, in der Reihen seiner Klassen Genossen Umschau zu halten, denn dort besteht die Bedrohung der Kinderzahl schon seit Jahrzehnten. Erst seit der Geburtenrückgang sich bei den breiten Massen bemerkbar gemacht habe, wird dieser Frage weitere Aufmerksamkeit geschenkt, den eigentlichen Ursachen geht man jedoch nicht nach.

Wenn Herr v. Wodman ein Mann von hohem Geredetheitsinn wäre, dann hätte er bei Verhandlung der Arbeitsmittelfrage auch davon reden müssen, wie die Unternehmer die Arbeiter terrorisieren und nicht bloß davon, wie die Rechte der Streikbrecher gewahrt werden sollen. Es ist eine bedeutende Sache, wenn ein Minister einer Partei deshalb Gleichberechtigung abspricht, weil er Vertreter einer monarchischen Regierung sei. Es veranlaßt dies, tiefer über das Wesen der monarchischen Regierung nachzudenken, als den Vertretern dieses Regimes vielleicht angenehm ist. Diejenigen Leute, die den Arbeitern das ganze Jahr predigen, daß der Fleißgenuß eigentlich recht ungesund sei, haben vom Vorsteher der Fabrikinspektoren Herrn Oberregierungsrat Dr. Wittmann, eine gehörige Abfuhr erfahren, denn dieser betonte, daß ein wertvoller Mensch den Fleißgenuß notwendig hat.

Nachdem Genosse Grünbaum noch kurz die im Landtag zur Sprache gekommene Gortermoral besprochen hatte, schloß er mit der Mahnung, daß wir, um große Kämpfe führen zu können, begeistert sein müssen für die Ziele der Demokratie und des Sozialismus. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

In der Diskussion sprach Genosse Ritter, der nicht damit einverstanden ist, daß das Schweregewicht unseres Kampfes im Parlamentarismus liege, er steht gerade in ihm die Ursache der mangelnden revolutionären Begeisterung. — Genosse Weder betont, daß die in den Gewerkschaften tätigen Genossen die Preisgabe der Genossen Gorter und Kautsky durch Genosse Kolb nicht verzeihen können. — Genosse Grünbaum u. prägnant in seinem Schlußwort nochmals seinen Standpunkt und weist nochmals nachdrücklich darauf hin, daß er vollkommen mit dem Genossen Kolb in der Frage der Kautsky-Gorter-Karte einverstanden sei und daß der Auspruch, der Schwerpunkt unserer politischen Tätigkeit liege im modernen Staat im Parlament, nicht von ihm, sondern von Genosse Kautsky herrüh-



**Zentralverband der Handlungsgehilfen.** Wir verweisen nochmals auf die heute Abend im Lokal „3 Kö-nige“ stattfindende Monatsversammlung, in der u. a. Stadtverordneter Leppert-Eitlingen einen Vortrag über: „Preußen-Deutschland“ halten wird. Auch die übrige Tagesordnung, Bericht über die staufmannsgerichtswahlen, Stellungnahme zur Generalversammlung im Mai ds. Js. zu Hannover, sowie Neuwahl des 1. Vorsitzenden sind von solcher wichtiger Bedeutung, daß ein guter Besuch dringend zu wünschen ist. — Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß der gemütliche Abend am Dienstag den 10. März bei Mitglied Frau Hartmann zum „Rüben Grund“, Winterstr. 37, nicht wie es ursprünglich hieß, Winterstr. 47, stattfindet.

**Feuerbestattungsverein Karlsruhe.** Es sei nochmals auf den heute Abend im Saale der „Eintracht“ stattfindenden Vortrag mit Lichtbildern des Herrn Dr. Weigt-Hannover hingewiesen. Herr Weigt wird sprechen über: „Die Feuerbestattung im Lichte von Recht, Religion und Nützlichkeit.“ Jedermann, insbesondere auch Damen, ist freundlichst eingeladen. Der Eintritt ist frei.

**Kurse in Stenographie.** Es sei auch an dieser Stelle auf die heute (Dienstag) abend 8 Uhr in Rintheim in der „Friedrichstraße“ und morgen, Mittwoch, abend in Karlsruhe in der „Palme“, Kessingstraße, beginnenden Stenographiekurse, abgehalten vom Deutschen Arbeiter-Stenographenbund, System Brends, aufmerksam gemacht. Die Erteilung des Unterrichts erfolgt durch geprüfte Lehrer unentgeltlich. Die Lehrmittel kosten 3 Mk.

**Der naturwissenschaftliche Verein Karlsruhe** wird am 4. März sein 50jähriges Bestehen feiern und zugleich das 25-jährige Jubiläum der im physikalischen Institut der technischen Hochschule gemachten fundamentalen Entdeckungen von Heinrich Hertz. Es wird eine Festigung stattfinden, verbunden mit einem die Hertz'schen Entdeckungen erläuternden Experimentaltvortrag des Geh. Hofrats Dr. D. Lehmann.

**Vortrag im Homöopathischen Verein.** Am Donnerstag, 1. März, spricht Herr Apotheker Müller aus Göttingen im Saal 3 des Kolosseum wiederholt über Hämorrhoiden und Stuhlverstopfung. Da beim erstmaligen Vortrag über dieses aktuelle Thema sehr viele Interessenten keinen Platz finden konnten, erludete der Homöopathische Verein Herrn Müller um Wiederholung des Vortrages, was dieser auch in liebenswürdiger Weise zugestimmt. (Siehe Anzeigenteil).

**Der Allgemeine Kohlenverein** hielt am vergangenen Sonntag im „Palmengarten“ seine ordentliche Generalversammlung ab, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Vorsitzende Hertz erläuterte in ausführlicher Weise den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Aus dem Bericht ging hervor, daß sich der Verein auch im vergangenen Jahre wieder gut entwickelt hat, indem sich nicht nur die Mitgliederzahl erhöht, sondern auch der Umsatz bedeutend zugenommen hat. In der darauffolgenden Diskussion wurden die verschiedensten Anregungen gegeben und von allen Seiten der Verwaltung für ihre gute Geschäftsführung volle Anerkennung gezollt, es wurde ihr einstimmig Decharge erteilt, worauf der gesamte Vorstand per Klamation wiedergewählt wurde. Vertreter waren amfend vom Kohlenverein Raftatt, Offenburg und Lafr. Nachdem der Vorsitzende Hertz in seinem Schlusswort nochmals die anwesenden Mitglieder aufgefordert hatte, auch im kommenden Jahre kräftig für den Verein zu agitieren und mitzuarbeiten, schloß er die sehr gut verlaufene Generalversammlung.

**Selbstmord.** Gestern abend 11,30 Uhr schoß sich der ledige Bergolder Karl Julius Seidmann, 19 Jahre alt und hier wohnhaft, auf der Durlagerallee mit einer Browningpistole eine Kugel in die rechte Schläfe. In bewußtlosem Zustande wurde er mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht, wo er heute früh halb 5 Uhr verstorben ist. Er hat die Tat vermutlich aus Freudenstimmung begangen.

**Körperverletzung.** Heute früh halb 3 Uhr wurde Ede Stein- und Adlerstraße ein Elektromonteur von hier von zwei Bahnarbeitern aus Rittersbach durch Schläge mit Notenzählern am Kopfe erheblich verletzt. Die beiden Täter sind festgenommen.

**Verhafteter Einbrecher.** Ein in Heidenheim wegen Diebstahls Verhafteter hat u. a. zugegeben, in der Nacht zum 20. Februar an einem hiesigen Zigarrengeschäft in der Abficht des Diebstahls eine Scheibe eingedrückt zu haben. An der Ausführung des Diebstahls sei er gestört worden. Da eine Anzeige bis jetzt nicht erlattet ist, wird der Geschädigte gebeten, sich alsbald auf dem Geschäftszimmer der Kriminalpolizei, Stefaniensstr. 1, zu melden.

**Unfall.** Gestern abend 8 Uhr wollte ein Baugewerbeschüler Ede Krieg- und Dorfstraße auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen springen, glitt aus und brachte den rechten Fuß unter ein Rad. Er erlitt eine starke Quetschung und mußte ins städtische Krankenhaus aufgenommen werden.

**Ein Einbruchdiebstahl** wurde in der Nacht zum 1. M. in dem Stationsgebäude der Altbahn in Ruppurr durch noch unbekannt Täter verübt. Entwendet wurden ein Revolver und 6 Pfennig.

**Operettenabend in der Festhalle.** Der Vorverkauf von Eintrittskarten für den heute abend 8 Uhr in der Festhalle stattfindenden Operettenabend ist recht lebhaft, so daß die Kanauer Künstler jedenfalls ein volles Haus zu erwarten haben. Karten können noch bis heute abend 6 Uhr in den Vorverkaufsstellen, von 7 Uhr an an den Kassen zu beiden Seiten der Festhalle gelöst werden. Saal und Galerie werden um 7 Uhr geöffnet. (Eingang durch die Umbauten.)

**Veranstaltungen.**

**Die Verteidigungsliga.** Straßburg, 2. März. Der neugegründeten Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens gingen bisher über 6 000 Beitrittserklärungen zu. Sie beschloß, zukünftig jede deutsche Zeitung, die Unwahrheiten über Elsaß-Lothringische Vorgänge und Einrichtungen ausstreut, zu verfolgen.

**Flottenrüstungen.** London, 2. März (Unterhaus). Macdonald erklärte, dieser Nachtgesetzt sei kein Teil des alten Schiffsbauprogramms, sondern eines neuen. In Deutschland, Frankreich, Italien und Oesterreich-Ungarn werde man jagen, Großbritannien beschleunige seinen Schiffsbau in der Abficht, ihnen in den europäischen Gewässern entgegenzutreten zu können. Alle Anzeichen in Deutschland sprächen dafür, daß die deutschen Rüstungsfirmen im Begriff stünden, eine Panik als Druckmittel gegen die Regierung zu erregen. Diese Erscheinung sei jedesmal Vorbote einer Beschleunigung im Schiffsbau oder einer Erweiterung des Flottengesetzes gewesen.

**Die Verteidigungsliga.** Straßburg, 2. März. Der neugegründeten Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens gingen bisher über 6 000 Beitrittserklärungen zu. Sie beschloß, zukünftig jede deutsche Zeitung, die Unwahrheiten über Elsaß-Lothringische Vorgänge und Einrichtungen ausstreut, zu verfolgen.

**Majestätsbeleidigungsprozess.**

Berlin, 2. März. In dem am Donnerstag den 5. März vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zur Verhandlung gelangenden Prozess gegen die Redakteure der „Welt am Montag“, Alfred Scholz und Hans Reuß, wegen Beleidigung des Kronprinzen hat der Verteidiger der beiden Angeklagten, Justizrat Dr. Barnau, den Antrag gestellt, den Obersten v. Reutter, jetzt in Frankfurt a. O., als Zeugen zu laden. Die Anklage wird von dem 1. Staatsanwalt am Landgericht, Oberstaatsanwalt Dr. Chreginski, vertreten. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Hofmeister führen.

**Die Not der Arbeitslosen.**

Neuworf, 2. März. Etwa 1 000 Arbeitslose versuchten gestern, die Tabernakel-Kirche zu stürmen, in der sie die Nacht über schlafen wollten. Als bereits eine größere Anzahl eingedrungen war, flüchteten die Besucher des im Augenblick stattfindenden Gottesdienstes entsetzt auf die Kanzel zum Pfarrer, da sie an einen Apachenüberfall glaubten. Vergeblich versuchte der Pfarrer, die Eindringenden zu überzeugen, daß eine Kirche kein Nachtschlafplatz sei. Nachdem es gelungen war, das Tor zu verschließen, wollten die draußen harrenden Arbeitslosen daselbst eindringen. Rechtzeitig erschien die Polizei, die die Menge zerstreute. Nach der letzten Statistik wurden in Neuworf 3 000 Arbeitslose gezählt. Die Not unter der armen Bevölkerung der Neuenstadt ist außergewöhnlich groß. Die Regierung beabsichtigt im Parlament eine Vorlage einzubringen, die der Not steuern und abhelfen soll.

**Briefkasten der Redaktion.**

H. S. Wir raten Ihnen, heute abend den Vortrag über Feuerbestattung im Saale der „Eintracht“ zu besuchen. Der Eintritt ist frei. Sie erhalten dort über alles Wissenwerte gerne Auskunft.

**Verantwortlich:** Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

**Grödingen.** (Sozialdem. Partei.) Donnerstag den 5. d. M., abends halb 9 Uhr, im „Löwen“ Parteiverammlung. In derselben wird Gemeinderat Gebhard Bericht erhalten über die „Tätigkeit des sozialdem. Gemeinderats“. Für die Bürgerauschussfraktion und Parteigenossen ist es Ehrensache, in derselben zu erscheinen. Auch die Volkshilfsleser werden darauf aufmerksam gemacht, daß auch sie zu derselben freundlich eingeladen sind. 7621

**Bruchsal.** (Arbeitergesangsverein „Harmonie“.) Mittwoch abend Singstunde. 7619

**Geschäftliches.**

Maagenfrank sind vor allem auf eine leicht verdauliche Nahrung angewiesen. Sie erhalten in den „Kufele“-Suppen, die mit Milch, mit Fleischbrühe, Wein oder anderen in den „Kufele“-Kochrezepten genannten Zutaten bereitet werden, eine schmackhafte, kräftigende, appetitanregende und verdauungsfördernde Kost. Das „Kufele“-Kochbüchlein verlangt man gratis in Apotheken und Drogeriegeschäften.

**Pfannkuch & Co**

**Abschlag!**

**Rotkraut**  
Kopf 20 Pfg.

**Stalischer Blumenkohl**  
Et. 15 u. 17 Pfg.

**neue Malta-Kartoffeln**  
3 Pfd. 35 Pfg.  
10 Pfd. 1.10 Pfg.

**Pfannkuch & Co**  
C. M. B. M.  
in den bekannten Hauptstädten

Eine geschmackvolle

# Wohnungs-Einrichtung

kaufen Sie leicht, wenn Ihnen vielseitige Auswahl erstklassiger Qualitäts-Möbel, außerordentlich niedrige Preisbemessung u. sachgemäße ehrliche Beratung zur Verfügung stehen. Alles dies finden Sie in hervorragendem Maße in der

## Möbel-Ausstellung

# D. Reiss, Karlsruhe i. B.

Fernsprecher 1522  
Kronenstr. 37/39.

**Ich habe einige Schlaf- und Speisezimmer zu reduzierten Preisen abzugeben.**

**Gewerkschaftskartell Karlsruhe**

Am Donnerstag, den 5. März, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale

**Vertreter-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Innere Angelegenheiten.  
2. Beratung eines neuen Kartellstatuts. 7614

Wir eruchen um pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

**Die Kartellkommission.**

---

**Ernst Marx**  
Luisenstraße 45  
Fernruf 3086

empfiehlt sein großes Lager in Herden, Fesen, Gendebien, Gasherden, Küchen- und Haushaltungsartikeln, Lampen für Gas und Petroleum und deren Ersatzteile, Glas, Porzellan, Steinzeug etc.

**Billige Preise! 7678**

**Reelle Bedienung!**

**Teilzahlung gestattet!**

**Schuhreparaturen** werden billig in sauberster Ausführung u. bestem Material ausgef. Elek. Betrieb. S. Weber, Körnerstr. 22. 7693

**Konfirmanden-Anzug,** Maßarbeit, wie neu, um die Hälfte zu verkaufen. 7608  
Luisenstr. 57, 1. St., rechts.

Freundl. Zimmer event. mit möbliert. Pension auf 1. April gesucht. Offerten mit Preisangabe unter R. M. wegen Aufgabe des Ladens bis 1. April.

**Ziege, großrätig, billig zu verkaufen.**  
Dagfeld, Eggensteinerstr. 48.

**Halb geschenkt Ueberzieher** getrag., gut erhalten, 2 an, Maßarbeit von Marx, 2 an, Anzüge, Maßarbeit 4 an, sowie einz. Sachen u. Kleider

**Schuhe, Wäsche usw.** wegen Aufgabe des Ladens bis 1. April

**spottbillig!**  
**Fridenberg, Markgrafstr. 17.**

**Erdberechlinge** (Ananas) 1.50 Mk., 1000 Stk. 10.00 Mk. zu verkaufen. Grödingen (Neubau hinterm „Löwen“).

**Bett-Teppiche**

sind enorm billig abzugeben.

**Kaiserstr. 133**  
1 Treppe hoch.  
Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

**Einige gebrauchte Herde** von 10 Mk. an sind sehr billig zu verkaufen. 7579  
Luisenstraße 45, 1. St.

**Diese Woche ziehen**

**Einheimischer und Säuglingsfürsorge** 1.-, bei 10 Stück 10.-, dann folgen Eisenacher und Juraliden 1.-, Donaueschinger 1.20, Röhrenburger 1.30, bei mehr mit Rabatt solange Vorrat. 7617

**Carl Götz,**  
Fehelstr. 11/15, 5. Rathaus.

**Bilzig zu verk.:** 2 Betten, gebraucht, 2 neue Zimmerische, poliert, 1 Küchenschrank, gebr., 8 junge Niesenscheden, Hähnen (10 Wt. alt), 1 Wagen Dung. **Eisenweinstr. 42, 5. St., 7611**

**Prima junges Pferde-Fleisch**

kann abgeladen werden in der Gerwigstraße 55. Nähere Auskunft erteilt Städtisches Straßenbahnamt Karlsruhe. 7618

**Zu vermieten**  
eine Wohnung von 2 Zimmern, Küche u. Keller an ruhige Leute. **Rab. Madlener, Ruppurrerstr. 20. 7612**

**Standesbuchausgabe der Stadt Karlsruhe.**  
Todesfälle u. 24.-26. Febr.: **Bodo Michallow, Student, ledig, alt 21 Jahre, Emma, alt 13 Jahre, B. Wenzel Schmid, wengel, Tagelöhner, Wilhelm Floetner, Korpsführervertreter a. D., Chemann, alt 65 Jahre, Friederike Büttner, alt 82 Jahre, Witwe von Heinrich Büttner, Versicherungsbeamter**

**Bauschutt**

kann abgeladen werden in der Gerwigstraße 55. Nähere Auskunft erteilt Städtisches Straßenbahnamt Karlsruhe. 7618

**Guckstraße 3, Mühlburg, möbliertes Zimmer zu vermieten. 7607**

**Ranapee, gebr., sehr billig zu verkaufen. 7606**  
Ruppurrerstr. 23, 3. St., r.

**Zur Warnung.**

Der Unterzeichnete warnt hiermit jedermann, die über ihn in Umlauf geleiteten Behauptungen weiterzuerbreiten, da dieselben unwarhaft sind. Ich kann jederbem nachweisen, daß ich Abonnetter des „Volkshilfsfreund“ seit 1908 u. schon lange Jahre vorher bin. 7618

**Karl Leicht.**

Dem Leder Schutz der Nässe Trutz nur mit

**Schuhcreme**

**Erdal**



### Hämorrhoiden u. Stuhlverstopfung

Aber dieses Thema spricht Herr Apotheker C. Müller aus Göttingen am Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saal III des Kolosseum (Waldstraße). Zu diesem Vortrag laden wir Jedermann freundlich ein. Eintritt für Nichtmitglieder 30 Pfg. für die Mitglieder des Naturheilvereins und der benachbarten homöopathischen Vereine 15 Pfennig.

### Hahnemannia, Homöopathischer Verein Karlsruhe.

### Städtische Festhalle Karlsruhe.

### Großer Saal. Dienstag den 3. März, abends 8 Uhr Operetten-Abend.

Soli, Duette, Terzette und Ensemble-Szenen aus den beliebtesten und neuesten Operetten.

Mitwirkende: Die Damen: Gilti Schönberger, Elise Trauner, Elise Weibach; die Herren: Eugen Dietel und Mathias Meyers, vom Stadttheater Hanau a. M. (Direktion: Herr Adalbert Steffter).

Orchester: Die Kapelle des Bad. Leib-Grenadier-Regiments, Leitung: Herr Musikmeister Walter Bernhagen.

Dirigent der Gesangsnummern: Herr Kapellmeister Karl Weiskopf vom Stadttheater in Hanau a. M.

Regie: Herr Direktor Adalbert Steffter.

### Programm.

- 1.) Orchester: „Gesunde Masse“, Marsch a. d. Operette „Die kleine Freundin“ (Reul) D. Strauß
- 2.) Orchester: Overture zur Operette „Die Fledermaus“ J. Strauß
- 3.) Fr. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: Duett a. d. Operette: „Grigori“ (in Kostüm) Linke
- 4.) Fr. Elise Weibach u. Herr Mathias Meyers: „Das Schloßgeheimnis“, Duett a. d. Operette „Miß Dubellad“ (in Kostüm) Nelson
- 5.) Fr. Elise Weibach u. Herr Mathias Meyers: „O du my darling“, Duett a. d. Operette „Miß Dubellad“ in Kostüm Nelson
- 6.) Fr. Gilti Schönberger: Lied der Saffi a. d. Operette: „Der Bienenbaron“ (in Kostüm) Strauß
- 7.) Fr. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Ruppchen-Duett“ a. d. Gesangsposse „Ruppchen“ (in Kostüm) Gilbert
- 8.) Orchester: „Die kleine Freundin“, Walzer a. d. gleichnamigen Operette D. Strauß
- 9.) Herr Mathias Meyers: „In der Nacht, wenn die Liebe erwacht“, a. d. Operette „Die Hönigin“ Gilbert
- 10.) Fr. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Gaben wir uns nicht schon mal kennen gelernt?“ Duett a. d. musikalischen Schwant „Hilmzauber“ Kollo
- 11.) Fr. Gilti Schönberger und Herr Mathias Meyers: „Das Lied vom Seher!“ a. d. Operette „Höheit tanzt Walzer“ (in Kostüm) Wscher
- 12.) Orchester: „Ach Amalia!“ Tanzduett a. d. Operette „Die Hönigin“ J. Gilbert
- 13.) Fr. Elise Weibach u. Herr Mathias Meyers: Duett a. d. Operette „Ein Walzertraum“ (in Kost.) Strauß
- 14.) Fr. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Antern Linden“, Marsch aus dem musikalischen Schwant „Hilmzauber“ (in Kostüm) Kollo
- 15.) Orchester: „Potpourri a. d. Operette „Der fidele Bauer“ und Mathias Meyers, die Damen Schönberger und Weibach: Terzett a. d. Operette: „Die geschiedene Frau“ Fall
- 16.) Fr. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Und ich schlafe so schlecht“, a. d. musikalischen Schwant „Hilmzauber“ (in Kostüm) Kollo
- 17.) Herr Mathias Meyers: „Coupéeinlage a. d. Operette „Die Schilkenleser!“ Jhsler
- 18.) Herr Eugen Dietel und Fr. Elise Weibach: „Gut geht mir garnicht erst ins Bett“, Duett aus der Gesangsposse „Ruppchen“ Gilbert
- 19.) Fr. Gilti Schönberger: „Auftrittslied der Prinzessin aus der Operette „Höheit tanzt Walzer“ Wscher
- 20.) Orchester: „Walzer a. d. Revue: „In 40 Tagen um die Welt“ J. Gilbert
- 21.) Fr. Gilti Schönberger und Herr Mathias Meyers: „Und der Himmel hängt voller Geigen“, aus der Operette „Der liebe Augustin“ Fall
- 22.) Fr. Elise Trauner und Herr Eugen Dietel: „Tebdy-Bär“, Tanzduett a. d. musikalischen Schwant „Hilmzauber“ (in Kostüm) Kollo
- 23.) Orchester: „Mit klingendem Spiel“, Marsch . . . Translatour
- 24.) Orchester: „Die mit \*) versehenen Nummern werden von dem Orchester allein gespielt.

Veränderungen vorbehalten.

Nach den Aufführungen Tanz-Unterhaltung im kleinen Saal.

Während des ganzen Abends Wirtschaftsbetrieb (Bierauskunft).

Eintrittspreis: Abonnenten des Stadtgartens, Kartenheft-Inhaber und sonstige Personen 1 Marl.

Kinder haben keinen Zutritt.

Kartenverkauf bei den Hof-Musikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstr. Nr. 159, Telef. Nr. 638, und Hugo Kunk, Inhaber Kurt Neufeldt, Kaiser-Strasse 114, Telef. Nr. 1850, den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiser-Passage Nr. 2, Telef. Nr. 1988, und Franz Tafel, Kaiser-Strasse Nr. 82a, Telef. Nr. 1847, bei Geschw. Moos, Internationaler Postkarten-Verlag, Kaiserstr. Nr. 96, Telef. Nr. 994, im Kiosk des Verkehrsvereins beim Hotel Germania und an der Schalterkassette des Stadtgartens.

Am Aufführungsabend (von 7 Uhr an) Kassen in den beiden Anbauten auf der West- und Ostseite der Festhalle.

Eingang zum Saal und zur oberen Galerie durch die Anbauten.

Programm für die Aufführungen zu 10 Pfg. an den Eingängen.

Schluss des Abends 1 Uhr.

Strassenbahnverbindung nach und von der Festhalle bis 1 Uhr nachts.

### Die Vogelhandlung von L. Jäger

7809 Amalienstraße 22 empfiehlt

### ff. Kanarienvögel, Papageien

praktische Vogelkäfige, Vorkäfige, Aquarien, Fische etc.

### Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

System Krennds Mitgliedschaft Karlsruhe.

Nachdem unsere Spätjahrs-Kurse nunmehr beendet sind und Neuanmeldungen in großer Zahl erfolgt sind, laden wir uns veranlaßt, drei weitere Kurse zu arrangieren und zwar:

Am 1. März, nachmittags 2 Uhr in Mörlich Anmeldungen nimmt entgegen Fritz Dede, Viktoriastr. 546.

Am 3. März, abends 7 1/2 Uhr in Rintheim in der „Friedrichstrasse“, Anmeldungen daselbst.

Am 4. März, abends 7 1/2 Uhr in Karlsruhe in der Restauration „Zur Palme“, Lessingstraße. 7534

Zu diesen Kursen laden wir die verehrliche Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung freundlichst ein. Die Erteilung des Unterrichts erfolgt durch geprüfte Lehrer unentgeltlich. Die Lehrmittel kosten 3 Marl.

Der Vorstand.

### Feuerbestattungsverein Karlsruhe (V.)

### Oeffentlicher Vortrag mit ca. 100 Lichtbildern

am Dienstag, den 3. März 1914, abends halb 9 Uhr, im Saale der „Eintracht“, Karl-Friedrichstraße 30, über:

### „Die Feuerbestattung im Lichte von Recht, Religion u. Ästhetik.“

Referent: Herr Dr. Weigt-Hannover.

Jedermann und insbesondere Damen sind freundlichst eingeladen. Eintritt frei.

Der Vorstand.

### Verein Karlsruher Kutschereibesitzer

### Droschken-Zentrale

::: an der Hauptpost. :::

Telephonruf 3667. Telephonruf 3667.

7605

### Feuerbestattungs-Verein Durlach u. Umg. E. V.

Am Freitag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale der „Atrone“ in Durlach, ein

### öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern

über die Feuerbestattung, Geschichte und Praxis, Verhältnis derselben zu Religion, Ästhetik und Rechtspflege, statt, wozu Mitglieder, Freunde und Gegner der Sache, besonders Damen, freundlichst eingeladen sind.

Referent ist Herr Dr. Weigt-Hannover.

Freier Eintritt. Keine Restauration.

### Bekanntmachung.

Die Verlängerung der Gültigkeit des Ortsstatuts über den Bedürfnisnachweis bei Errichtung von Gast- und Wirtschaften in Karlsruhe betreffend.

Mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 25. Februar ds. Js. und mit Genehmigung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 2. ds. Mts. ist das untenstehende — mit Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1918 erlassene — Ortsstatut vom 30. April 1894, den Bedürfnisnachweis bei Errichtung von Gast- und Wirtschaften betreffend, auf weitere 5 Jahre, d. i. bis zum 31. Dezember 1918, verlängert worden.

Ortsstatut.

Die Erlaubnis zum Betrieb einer Gast- und Wirtschaft in solchen Räumlichkeiten, in welchen innerhalb eines Jahres vor Einreichung des Erlaubnisgesuchs eine Wirtschaft nicht betrieben wurde, soll nur erteilt werden, wenn der Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses erbracht ist.

Karlsruhe, den 2. März 1914.

Der Stadtrat: Dr. Horstmann.

7615

### Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren,

Zahnziehen. 2885

### Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geboren vom 18.—21. Febr.: Erna Emilie, V. Jakob Wilhelm Geiger, Führerstr. Friedrich Ludwig, Vater Ludwig Karl Maule, Fräulein Robert Christian und Verta Julie (Zwillinge) B. Christian Baum, Lackierer.

Geschlicheung 21. Febr.: Georg Oehl, Fabrikarbeiter von Kirchheim, H. Heidelberg und Margareta Mummert Witw. von Mundenheim Pfalz.

Sterbefälle vom 23.—26. Febr.: Christian Wüchinger, Maurer, Gemann, 34 Jähr., alt. 3. Jakob Friedrich Reichert, Schupmacher, Gemann, 62 1/2 Jahre alt.

### Ziehung unwillkürlich schon 7. März!

### Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie!

2327 Geldgew. ohne Abzug

27 000 M.

1. Hauptgewinn bar:

10 000 M.

326 Gewinne bar:

10 000 M.

2000 Gewinne bar: 7000 Mk.

Losse à Mk. 1.—, 11 L. Mk. 10.—

Porto und Liste 30 Pf. empfehle Lotterie-Interimärer

### J. Stürmer

Strasbourg L. E., Langstraße 107.

Filiale: Kohl a. M., Hauptstr. 47.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flage.

### Mit Appetit

essen Sie meine guten Lebensmittel.

Gutes Männen-Brot

ca. 10 Pfd. Männen-Brot Nr. 2.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.30

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.40

ca. 25 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 5.80

ca. 34 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 6.75

Guter Kuchenhonig

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 2.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 3.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 3.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 3.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 3.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 3.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 4.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 4.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 4.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 4.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 4.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 5.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 5.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 5.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 5.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 5.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 6.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 6.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 6.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 6.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 6.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 7.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 7.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 7.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 7.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 7.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 8.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 8.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 8.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 8.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 8.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 9.00

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 9.20

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 9.40

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 9.60

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 9.80

ca. 10 Pfd. Männen-Rodtopf Nr. 10.00

### Z. V. d. H.

Heute Dienstag, abend 7 1/2 Uhr, 7613

### Monats-Versammlung

im Lokal „Drei Könige“, Kreuzstrasse 14.

Tagesordnung: 1. Bericht über d. Kaufmanns-Vereinswahl.

2. Vortrag d. Herrn G. Leppert über „Friedens-Deutschland“.

3. Neuwahl d. 1. Vorsitzenden.

4. Stellungnahme z. Generalversammlung im Mai zu Hannover.

5. Verschiedenes.

### Arbeitsvergebung.

Zum Neubau eines Doppel-schulhauses am Tullavlah sind nachstehend bezeichnete Arbeiten zu vergeben:

Grab- und Mauerarbeit, Beton- und Zementarbeit (Maffibeton), Granitarbeit (Sofel und Treppen), Steinhauearbeit

a) rotes Material, b) helles Material, Kunststieptreppen, Zimmerarbeit, Schmelzarbeit.

Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Bauamt, Zimmer 188 (Eingang Bahringstraße Nr. 98, 3. Stock) eingesehen und abgeholt werden.

Dabei sind auch die Angebote bis Mittwoch, den 18. März 1914, nachmittags 4 Uhr, mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen.

Karlsruhe, den 28. Febr. 1914

Städt. Bauamt.

### Städt. Vierordtbad

### Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.

Damenbadezeit: Montag und Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag 2 bis 8 Uhr. 7152

Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 8—12 Uhr. Auch ab. Mittag geöffnet.

### Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen, Schuhe, Heberzieher u. d. m., an, Hfser u. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem Ull- und Verkaufsgeschäft von

Arnold Schap, Bahringstraße Nr. 38.

Heberzieher für d. s. — 3/4 Herren-Anzüge à 3.50 — 3/4 Damenkleider à 3. — 3/4 Färberei Firnrohr Kaiserstraße 28. 7593



Muttis erfolgreichste Erziehungsmittel sind

### Zell-Chocolade Carao

Hartwig & Vogel A G

Reisevertreter für Baden u. Pfalz: Hermann Wassermann, Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 62. Telephon 637.

Wochenschrift

66 4; am

Ein

Die Sol

und Wort

wird es b

sch nicht

zu verur

die „univ

die, wie l

Erfolge d

stärkung

ung des

ergeben,

Kriegsmi

Berbreit

ähnlicher

man sich

lassen über

ist, das p

bestämpf

Der b

Borgänge

erhoffte.

Weise n

deutliche

aus. De

ligen Se

unangebr

nachrichtl

schritten

Rückfüh

frage zu

Stellung

droht, da

weber er

der Dien

von Stra

Kriegsmi

die Folge

wird aus

Der C

jeder So

führung

handlung

kommen,

sanft b

Die

dah ger

Arnee d

dienst

Veute z